

Bezugspreis: Vierteljahr 7.50 M., monatlich 2.50 M., freies Haus voranzubringen. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezugspreis monatlich 3.50 M., erst Aufstellungsgeld 1.00 M. Unter- und Ausland für Deutschland u. Österreich-Ungarn 75 Pf., für das übrige Ausland 75 Pf., bei täglich einmaliger Zustellung 75 Pf. Postbestellungen nehmen in Danzig, Amsterdam, Rotterdam, Schweden und die Schweiz, Finnland in die Postanstalten vor.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197.

Sonntag, den 22. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54.

Aufhebung der Blockade Österreichs.

Wien, 21. März. Das Wiener Telegr. Korrespondenz-Bureau teilt mit: Das Staatsamt für Aussenverhältnisse erhielt von der italienischen Waffenstillstandskommission die Mitteilung, daß die in Paris vereinigten Mächte einstimmig die Aufhebung der Blockade über das ehemalige Österreich-Ungarn beschlossen haben. Die praktische Tragweite der Aufhebung der Blockade kann augenblicklich, da genauere Mitteilungen noch nicht vorliegen, nicht beurteilt werden, doch dürfte sich daraus jedenfalls ergeben, daß Waren, die nicht als Kriegsgegenstände betrachtet werden, aus neutralen Staaten bezogen werden können, und daß den Schiffen neutraler Staaten das Anlaufen der Adriatischen Häfen gestattet ist.

Die Hamburger Schiffe fahren aus.

Hamburg, 21. März. In der Versammlung der Seeleute im Zielus-Buch verlangt der Führer des Seemannsbundes Lüthke Auskunft von dem Regierungsdirektor darüber, welche Garantien für die Anfuhr der Lebensmittel gegeben seien, falls die Schiffe ausfahren würden. Oberregierungsrat Heidecker berichtete über die mit der Entente geschlossenen Verhandlungen und erklärte, wenn die Seeleute noch weitere Schwierigkeiten machten, gefährdeten sie nicht nur die Seeboten mit schweren Opfern, sondern auch die Besatzung der deutschen Besatzung auf den Schiffen. Auch Senator Dr. Petersen verteidigte diesen Standpunkt und verwies darauf, daß, wenn die Schiffe nicht ausfahren würden und die Entente sie holen müßte, das Waffenstillstandsabkommen von uns gebrochen würde, was vor allem Clemenceaus Gelegenheit geben würde, den Frieden auf Grund der 14 Punkte Wilsons zu verzögern. Wenn Garantien für die Verbeschaffung von Lebensmitteln verlangt würden, so müsse er darauf verweisen, daß Deutschland besetzt am Boden liege und den Worten der Entente vertrauen müsse. Die Abstimmung, die geheim erfolgte, ergab eine große Mehrheit für die Ausfuhr der Schiffe.

Hamburg, 21. März. Die Dampfer-Bürgermeister Schröder und Bürgermeister von Melle werden heute abend als erste Hamburger Lebensmittel-Schiffe den Hamburger Hafen verlassen. Beide Dampfer gehen nach Liverpool.

Deutschland und der Völkerbund.

Genf, 21. März. Aus Paris wird gemeldet: In der Mittwoch nachmittags abgehaltenen Sitzung der Friedenskonferenz im Hotel „Orillon“ an der Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando teilnahmen, wurde eine Entscheidung über die Frage der Einverleibung der Statuten des Völkerbundes in den Vorfriedensvertrag erzielt. Wilson setzte seinen Standpunkt durch, so daß nunmehr feststeht, daß in zwei bis drei Wochen der Vorfriedensvertrag nebst Völkerbundstatuten Deutschland notifiziert werden wird. Damit ist auch grundsätzlich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund entschieden worden.

Oslo, 21. März. (H.N.) Die Arbeiterpartei hat eine Konferenz nach Bismarck einberufen zur Feststellung von Abänderungsanträgen für die Verfassung des Völkerbundes, damit der Völkerbund in Übereinstimmung mit den Ansichten der internationalen Arbeiterbewegung gebracht werden kann. In den Änderungsanträgen wird vorgeschlagen:

- 1. Der Bund muß auf gerechte Vertretung der Parlamente beruhen, so daß der demokratische Charakter außer jedem Zweifel steht.
- 2. Der Bund soll alle Nationen zulassen, die sich bereit erklären, als Mitglieder beizutreten.

Oslo, 21. März. (Holländisch-Neuostbüro.) Aus Paris wird gemeldet: Die Mitglieder der Kommission für den Völkerbund, Oberst Houff, Cecil, Bourgeois, Symons, Venturoso und Pafsch traten am Donnerstag nachmittags zu einer nichtamtlichen Besprechung zusammen, zu der auch die Vertreter der neutralen Länder geladen waren. Es waren Delegierte von Dänemark, Spanien, Holland, Schweden und der Schweiz anwesend. Die norwegischen Vertreter waren noch nicht eingetroffen. Am Sonntag findet die erste Zusammenkunft der Völkerbundkommission, unter Vorsitz von Wilson statt, die die Abänderungsanträge von neutraler Seite und von Seiten der Entente-Mächte zu prüfen hat. Es ist geplant, die Zusammenkunft der Kommissionen täglich stattfinden zu lassen und die Feststellung der Völkerbundverfassung möglichst zu beschleunigen. Man erwartet, daß der endgültige Wortlaut der Völkerbundverfassung noch vor den allgemeinen Friedensbedingungen festgelegt sein wird.

Paris, 21. März. Nach einer weiteren Havadmeldung über die Anbahnung der Vertreter der neutralen Staaten durch den Ausschuss der Völkerbundskommission sprachen sich diese für einen von Leon Bourgeois im Namen Frankreichs eingebrachten Zusatzantrag aus, wonach eine zu schaffende Kommission Erhebungen über die Äußerungen der verschiedenen Staaten anstellen soll. Auf den Wunsch neutraler Delegierter, daß internationale Streitfälle vor einer besonderen Versammlung auszusprechen gebracht werden sollten, erbat sie gemäß Artikel 12 dem Völkerbund unterbreitet wurden, antworteten Cecil und Leon Bourgeois, daß der wesentliche Teil der Frage einsehend von der Kommission geprüft worden sei, die sich für die im Artikel 12 enthaltene Lösung entschieden habe.

Auf Wiedersehen!

Ein Abschiedswort an die Unabhängige Sozialdemokratie von Eduard Bernstein.

II. Die Ereignisse vom Oktober und November 1918 führten den von mir ersehnten Zeitpunkt herbei. Die Umstände, unter denen die deutsche Revolution vor sich ging, forderten geistlich ein Zusammengehen der Sozialdemokraten Deutschlands, das obenhin dadurch möglich geworden war, daß die Führer der Mehrheitsfraktion schon vorher aus den Nachrichten über den Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatz nach effizienten Maßnahmen die richtigen Konsequenzen gezogen, mit Energie den Rücktritt der Vertreter des alten Systems gefordert und durchgeführt hatten, und, als am 9. November der Sieg der Revolution gesichert war, der Unabhängigen Sozialdemokratie den Eintritt in die vorläufige Regierung der Republik nach dem Grundsatz voller Parität anboten. Jetzt den Parteistreit fortsetzen wollen, hätte heller Wahnsinn geheißen. Daß die Unabhängige Sozialdemokratie bei weitem nicht stark genug war, die Regierung allein zu übernehmen, war keinem ihrer führenden Vertreter ein Geheimnis; daß sie auf das Anerkennen nicht mit Nein antworten durfte, mußte sich jedes ihrer Mitglieder sagen, dem der Parteistreit nicht jeden Sinn für politische Notwendigkeiten geraubt hatte. Nach langer, sehr langer Überlegung beschloß die Fraktion, den Vorschlag anzunehmen. Der Rat der Volksbeauftragten ward aus drei Mehrheitskern und drei Unabhängigen gebildet, die Zusammenarbeit begann, und wenn sie zunächst schleppend vor sich ging, so ging sie immerhin vorwärts. Man durfte eine Weile hoffen, daß zum Heile des arbeitenden Deutschlands aus der nur erst formellen die reale Einigung hervorgehen werde.

Warum es anders kam, und wessen wählender Arbeit es geschuldet ist, das es anders kam, soll hier nicht untersucht werden. Genug, die Feinde der Einigung haben für den Augenblick ihr Ziel erreicht, die beiden Fraktionen stehen sich von neuem, und mit größerer Erbitterung als vorher, feindlich gegenüber. Zu wessen Vorteil? Nicht zum Vorteil des arbeitenden Deutschlands, das darüber nicht zu der für sein Gedeihen so notwendigen Sicherheit im Wirtschaftsleben kommt. Vorteil haben davon nur die Elendspolitiker und Elendsbefehlshaber — diejenigen, die vom allgemeinen Elend die Erfüllung ihrer Pläne, die Realisierung ihrer Spekulationen erhoffen. Auf des Elend spekulieren die so gelährten deutschen Schüler des Bolschewismus, die, ach, so wenig gelernt haben, daß sie wohnen, aus Trümmern ein Paradies errichten zu können. Mit dem Elend rechnet aber nicht minder die politische Reaktion, die aus Erfahrung weiß, wie man bei ihm auf seine Rechnung kommt. Die Spaltung der Sozialdemokratie hat in der Revolution zur naturgemäßen Folge, daß beide Fraktionen in immer größerer Abhängigkeit geraten, die an der Regierung befindliche Mehrheitsfraktion von Rechtsan auf der Rechten, die Unabhängigen von den Spartakisten, denen sie zunehmend größere Konzessionen auf einer Bahn machen, die, wie den Sachkundigen unter ihnen, ihr sozialistisches Wissen und Gewissen sagen muß, zur völligen Herrichtung der Lebensbedingungen unseres Volkes zu führen droht.

Unter diesen Umständen kann ich den Beschluß des Parteitag der Unabhängigen, soweit er meine Person trifft, nicht einmal bedauern. Aus den obigen Feststellungen, die ich noch sehr vermehren könnte, ersieht man, wie schwer mir, trotz meiner entschiedenen Oppositionsstellung zu ihrer Politik, die Trennung von der alten Partei gefallen war, daß ich sie freiwillig überhaupt nicht vollziehen habe. Nachdem die Trennung aber Tatsache war, habe ich, das werden mir Genossen und Genossinnen sicher bezeugen, in der Unabhängigen Sozialdemokratie noch besten Kräften meine Schuldigkeit getan, und so würde es mir jetzt ebenso schwer fallen, freiwillig mich von Genossen zu trennen, mit denen ich unter den schwierigsten Verhältnissen treue Kameradschaft gehalten habe. Aber, wenn sie heute, wo alles davon abhängt, der Republik über die fürchterliche Krise hinwegzuhelfen, die sie zu überwinden hat, gehen sie in derselben Weise an, wie vordem gegen das militärisch hinderte Kaiserium, wenn sie zwar behaupten, die Praxis der Spartakuspartei abzulehnen, aber immer mehr von der Ideologie des Spartakismus übernehmen, so daß schließlich ihr Mitstreiter Kurt Rosenfeld in der Nationalversammlung namens der Partei erklären durfte: „Wir stehen auf dem Boden des Räuberthums“; wenn sie also, statt der heute mehr als je nötigen Klarheit über den politischen Kampf der Sozialdemokratie, eine verberbliche Konfusion in den Köpfen der ihnen zugewandten Teile der Arbeiterschaft anrichten, die nur den, in der Preisgabe des demokra-

Deutsche Vorbereitungen zur Friedenskonferenz.

Bildung von Sachverständigenkommissionen. Die deutsche Reichsregierung hat die Bildung von zwei Sachverständigenkommissionen beschlossen, die der deutschen Friedensdelegation in Paris zur Seite stehen sollen. Eine engere Kommission, aus 38 Personen bestehend, soll nach Paris mitgehen, eine weitere, aus einem größeren Kreis gebildet, soll in Berlin während der Verhandlungen ständig beramelt sein. Der engeren Kommission gehören in der Hauptsache hervorragende Praktiker und Theoretiker des deutschen Wirtschaftslebens an, unter ihnen die Vorsitzenden der drei Gewerkschaftsrichtungen, und als Vertreterin der arbeitenden Frauenwelt Genossin Marie Juchacz. Im einzelnen sind die Namen folgende:

- Prof. Wertheim-Breslau, Geh. Kommerzienrat Arnold-Berlin, Prof. Baumgarten-Kiel, Eduard Bernstein-Berlin, Geheimrat Deussenberg-Görbe (Rhönix-Werke), Prof. Bonn-Rünchen, Dr. Bosh-Rannheim (Badische Anilin- und Sulfonwerke), Prof. v. Brentano-Rünchen, Dr. Cuno-Hamburg (Hamburg-Amerika-Linie), Geheimter Kommerzienrat Deutsch-Charlottenburg (A.G.), Geheimter Kommerzienrat Döbel-Weipzig, Kommerzienrat Gaardi-Bremen, Geheimrat Louis Hagen-Röln, Hartmann-Berlin (Verband deutscher Gewerkschaften), Heinen-Bremen (Norddeutscher Lloyd), Professor Hergesell (Direktor des Aerologischen Instituts), Geheimter Bergat Hilger-Berlin, Frau Marie Juchacz-Berlin, Hermann Strud-Berlin, Kommerzienrat Klemm-Rannheim, Bischof Forum, Legation (General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands), Lübben-Essen (Klein-Besch, Kohlenindustrie), Dr. Melchior-Hamburg (Bankier), Reichsrat v. Müller-Rünchen, Obermeister Plate-Hannover (Handwerks- und Gewerbelammertag), Ad. Pöhlmann-Rünchen (Vereinsbank), Dr. Rathenau-Berlin, Dr. Gustaf Rathjen-Berlin-Darheim, Dr. v. Riedemann-Hamburg, Louis Schilling-Saarbrücken, Dir. Schmitz-Frankfurt am Main (Metall-Gesellschaft), v. Stauff-Berlin (Deutsche Bank), Stegerwald-Berlin (Christl. Gewerkschaften), Ulbig-Berlin, Vorwerk-Hamburg, Prof. Max Weber-Heidelberg und Witthoft-Hamburg.

Die Vorbereitungen der deutschen Regierung lassen erkennen, daß man sich auf wirkliche Friedensverhandlungen einrichtet und nicht etwa auf die Entgegennahme eines einfachen Friedensedikts. Dazu wäre weder eine Friedensdelegation noch die Bildung von Sachverständigenkommissionen nötig. Die Entente-Diplomaten haben nach Abschluß des Waffenstillstandes noch ein halbes Jahr gebraucht, um sich über das, was sie eigentlich wollen, klar zu werden. Sie werden also auch den Vertretern des deutschen Volkes Zeit und Gelegenheit geben müssen, die Forderungen, die an sie gestellt werden, Punkt für Punkt durchzuprüfen. Damit, daß man einem Volke das Ergebnis geheimer diplomatischer Beratungen plötzlich vor die Nase setzt und es durch fürchterliche Drohungen zu zwingen versucht, das Beschlossene unbedenken anzunehmen, könnte man allenfalls eine neue Katastrophe der internationalen Brigantenpolitik einleiten, welche aber keine Katastrophe des Völkerbundes.

Die Entente soll Rußland verlassen.

Forderungen der Bolschewiki. Nach Meldungen französischer Blätter aus Kiew hat die Sowjetregierung den Alliierten den Vorschlag unterbreitet, eine neue Konferenz zur Regelung der russischen Frage in Odessa einzuberufen. Es wird weiter berichtet, daß die Bolschewiki auf dieser Konferenz die Abweisung der Ukraine verlangen wollen und daß das Dongebiet, das Gouvernement Kuban, Sibirien und die Ostprovinzen als außerhalb der Interessensphäre der Alliierten liegend, betrachtet werden sollen. Weiterhin fordert die Sowjetregierung, daß alle Truppen der Alliierten russischen Boden zu verlassen haben.

tischen Programms der Sozialdemokratie wenigstens logischen Spornen zugute kommen kann; wenn sie durch solche Vorarbeit für die Partei, die die organische Entwicklung der Republik um jeden Preis zu hinterreiben sucht, zugleich der reaktionären Gegenrevolution das Werk der Bearbeitung der bürgerlichen Klassen in Stadt und Land erleichtert, dann kann von einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit ihnen meinerseits in der Tat nicht mehr die Rede sein. Ich bin Parteimann genug, um in Einzelfragen mich in die Vorhänge der Mehrheit meiner Kampfgenossen zu schiden. Aber stillschweigend eine Politik mitzumachen, die ich von Grund aus für verkehrt und verderblich halte, das vermag ich nicht.

So läßt mir der Beschluß des Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie denn keine andere Wahl, als auf die Mitgliedschaft bei dieser zu verzichten und meine Dienste als Parteimann ausschließlich der Partei der Mehrheitssozialisten zu widmen, deren Politik ich in Einzelheiten zwar der Kritik offen, im Grundgedanken, auf den es ankommt, aber für die den Interessen des deutschen Proletariats am besten dienende halte.

Indem ich mich damit als Parteimann von der Unabhängigen Sozialdemokratie verabschiede, kann ich nicht umhin, der Öffnung Ausdruck zu geben, daß der Tag kommen wird, wo ich, wenn nicht allen, so doch der großen Mehrzahl ihrer Mitglieder in einer geeinten Sozialdemokratie wieder werde die Hand drücken können. Es ist undenkbar, daß die Partei bei ihrer jetzigen Politik des Schwankens zwischen Spartaismus und demokratischem Sozialismus noch lange wird verharren können. Sie muß sich auf die Dauer zu einem von beiden entschließen; entweder der überlieferten Politik der deutschen Sozialdemokratie völlig den Abschied geben oder dem unfinnigen Spielen mit dem Feuer des Spartaismus radikal ein Ende machen. Daß der letztere, d. h. die Politik der fortgesetzten Revolution und Streiks wech Unterdrückung der demokratischen Volksvertretungen durch ein allmächtiges Sowjetregiment, in Deutschland auf den blutigen Bürgerkrieg und den Ruin der Volkswirtschaft mit dauernder Arbeitslosigkeit von Millionen Industriearbeitern abzielt, kann sich niemand verheimlichen, der etwas von den Bedingungen des modernen Wirtschaftslebens versteht. Selbst wenn alles zuträfe, was von den Unabhängigen der Politik der Mehrheitssozialisten vorgeworfen wird, wäre sie dem Spiel der Ersteren gegenüber immer noch das kleinere Übel. Dagegen ist unbestritten, daß eine Reihe der ihr wirklich anhaftenden Mängel lediglich der Parteipaltung geschuldet sind und daß nur eine geeinte Sozialdemokratie das deutsche Volk vor verheerenden Konvulsionen bewahren und der deutschen Arbeiterklasse einen stetigen sozialen Aufstieg sichern kann.

Von dieser Erkenntnis durchdrungen, werde ich fortfahren, in der Arbeiterklasse für diese Einigung zu wirken, unbeeinträchtigt durch die Tatsache, daß zur Zeit bilden und drüben der Parteihaft viel zu groß ist, um einen unmittelbaren Erfolg zustande kommen zu lassen. Die Mission des von mir mitbegründeten Vereins „Einigkeit der Sozialdemokratie“ ist zunächst ein Erziehungswerk und die Schaffung eines geistigen Heimats für die wachsende Zahl derjenigen Arbeiter, die der Parteihader in tiefster Seele abhört und die doch den Glauben an die Sache des Sozialismus nicht aufgeben wollen. In dem Maße aber, als sie Kraft gewinnt, kann diese Bewegung doch auf die streitenden Parteien stark genug zurückwirken, um die tatsächlichen Differenzen zu vermindern und dadurch der Vereinigung den Weg zu bahnen. Ein Gedanke, der es mir möglich macht, von den bisherigen Kampfgenossen mit einem „Auf Wiedersehen“ zu scheiden.

Abbruch der Posener Verhandlungen.

Ein Druck auf Deutschland.

Paris, 20. März. (Havas.) Laut „Matin“ wird sich der Oberste Kriegsrat heute mit dem Abbruch der Posener Verhandlungen beschäftigen und Maßnahmen ins Auge fassen, die einen Druck auf die Deutschen ausüben sollen, damit die Feindseligkeiten an der Posener Front eingestellt werden.

Das Vertrauen.

Von F. Haupt.

Recherche, die Nerven zum Zerreißen geladen, fuhr der Vorstehende des Soldatenrates zu denen, die ihn gewählt. Bis um 12 Uhr nachts hatte der Arbeiter- und Soldatenrat mit polnischen Führern verhandelt, alles versucht, zu einer Verständigung zu gelangen; vergebens, was die Polen forderten, bedeutete für die Deutschen Rott der kaum gedrohten tschechischen eine polnische Diktatur. Das unfreie Volk, das in jahrhundertelanger Knechtschaft das nüchtern, klare Denken verlernt hatte, ließ sich beidern und erhob die Waffen gegen die, mit denen zusammen es 4 1/2 Jahre gelämpft und vor kurzem erst die Tyrannei eines machtberechtigten Imperialismus gebrochen hatte. Die deutschen Kameraden verlangten die in den ruhigeren Städten des Reiches längst durchgeführte durch die Volkbeauftragten befohlene Entlassung.

Er redete zu der tausendköpfigen Menge, die um ihn gedrängt, tief sie zum Kampf auf für Haus und Hof. Die Kaufleute, die schon draußen moderierten, die kaum vergangene Gefahr, Glieder und Leben zu verlieren, letzte zu frisch in ihrer Seele. „Nach Hause“, murmelte die Menge. Er malte aus, welches Elend den Familien drohte. „Dorum wollen wir bei ihnen bleiben, wenn die Gefahr kommt“, antwortete die Menge. Er mahnte, daß sie nur geschlossen, die Waffen in den Händen, der Gewalt begegnen könnten. „Wir wollen Frieden, wir haben vier Jahre Gewalt mit Gewalt bekämpft“, schrien sie. Er rief ihr Vertrauen an. „Vertraut mir! Ich habe alles versucht, den Frieden zu erhalten. Die Polen wollen den Kampf.“ Die Masse schwieg abnehmend. Wie ein schwerer Felsblock, an dem alle Worte wie leichte Wellen zerbröckeln, stand immer wieder das Wort: „Wir sind 4 1/2 Jahre von zu Hause fort, wir müssen zu unserer Familie, wir müssen zu unserer Arbeit zurück.“ Er sprach und sprach. Umsonst, polnische Heber, sich friedlich, herauf gebührend, bestärkten die vom Sturmweh, von der Angst um Familie und Brot, von dem Glauben vor neuem Morden zu hart Gewachten; er mußte ihrer Forderung nachgeben, am folgenden Tag die Entlassungen in aller Eile vorzunehmen.

Nam war er in seinem Bureau angelangt, hatte in dringenden Telegrammen die Regierung um Hilfe gegen die Polen gebeten, da kam eine neue Schwendebotschaft: „Die zu entlassenden Kameraden verlangen Verteilung der Lohne.“ Im Güterschuppen lagen Stoffe im Werte von über hunderttausend Mark, die Schmeckern und Schmeckern abgenommen waren; schon oft hatten Länderer und Heber ihre Verteilung verlangt; immer noch hatte der Soldatenrat mit Hilfe besonnenen Elemente sie festgehalten. Wieder ins Auto, hinaus zum Güterschuppen. Dort ein gärendes, wuferegtes Gemwimmel, ein junger Mensch mit den Augen eines Kanaklers, der von der Kampe wußte Schwärze hineinschleuderte.

Proteste aus Westpreußen.

Drohung mit bewaffnetem Widerstand.

Berlin, 21. März. Nach Protesttelegrammen aus Westpreußen, die fortgesetzt in großer Zahl bei der deutschen Friedensdelegation einlaufen, ist die dortige deutsche Bevölkerung entschlossen, im Fall einer Einverleibung in Polen bewaffneten Widerstand zu leisten.

Die englischen Arbeiterforderungen.

London, 20. März. (Reuter.) Bonar Law gab im Unterhause eine Erklärung über die Transportarbeiter und Eisenbahner ab und sagte: Die Angebote, die die Arbeitgeber den Transportarbeitern machten, erschienen ihm verständlich, und man könne hoffen, daß die Leute sie nicht für unannehmbar erklären werden. Von den verschiedenen Mitgliedern der Vergaulekommission seien drei Berichte vorgelegt worden, und die Regierung habe beschlossen, den Vorschlag anzunehmen, der die Erhöhung der Löhne um 2 Schilling pro Tag empfiehlt, was einer Bewilligung von zwei Dritteln der Forderung der Bergarbeiter entspräche. In dem Bericht wird ferner die Herabsetzung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden vom 16. Juli empfohlen, und auf 8 Stunden noch weiteren zwei Jahren, falls eine neuerliche Untersuchung der Lage in der Kohlenindustrie am Ende des Jahres 1920 das rechtfertige. Die Ursache, warum die Herabsetzung auf 8 Stunden im Jahre 1921 vorgeschlagen werde, sei die, daß man glaube, daß die Produktion dann wieder die Höhe von 1918 erreicht haben werde. Die Kosten für diese Zugeständnisse würden für das laufende Jahr 43 Millionen Pfund Sterling betragen.

Der Bericht verurteile das gegenwärtige System der Besitz- und Arbeitsverhältnisse in der Kohlenindustrie und erkläre, daß irgend ein anderes System an seine Stelle treten müsse, entweder die Verstaatlichung oder die Vereinheitlichung durch Ankauf durch den Staat oder eine gemeinsame Kontrolle. Aber die Verfasser des Berichtes seien noch nicht in der Lage zu sagen, welche von diesen Verfahren am meisten den Interessen des Landes und des Ausfuhrhandels, der Arbeiter und der Verbraucher entspreche.

Bonar Law fuhr fort, Lloyd George habe sein Versprechen, am 20. März einen Bericht über die Löhne vorzulegen, gehalten, und der Präsident der Kommission habe es jetzt auf sich genommen, bis zum 20. Mai über den Grundriss der Verstaatlichung Bericht zu erstatten. Der Präsident der Kommission habe auch vorgeschlagen, der Reihe nach die anderen Probleme über Verbesserungen der Bedingungen in der Kohlenindustrie zu behandeln mit Einschluß der Verbesserungen der Wohnungsverhältnisse, der Beschaffung von warmen Wädern und des Gebrauchs von Maschinen in den Bergwerken usw., ferner interimistische Berichte mit Vorschlägen zu erstatten, die sofort durchzuführen werden sollen. Dies bringe eine Fortdauer der Kontrolle über die Kohlenindustrie für die Dauer von zwei Jahren mit sich und die Regierung sei bereit, diese Vorschläge anzunehmen und alle Schritte zu tun, um die darin enthaltenen Vorschläge unzugänglich auszuführen. Die Führer der Bergarbeiter hätten noch nie eine solche Gelegenheit zur Erzielung eines wirklichen Fortschritts in der Kohlenindustrie gehabt und wenn sie diese zurückziehen, so würden sie den größten Fehler begehen, der jemals gemacht worden sei.

Die Regierung habe damit, daß sie das Risiko für alle diese Experimente auf sich genommen habe, ihre Entschlossenheit gezeigt, bis zu den äußersten Grenzen das Mögliche zu tun, um den gestellten Forderungen gerecht zu werden und wenn der Streit trotzdem komme, so würde es kein gewöhnlicher Streit von Lohnarbeitern gegen die Arbeitgeber sein, sondern ein Streit gegen den Staat. Wenn ein solcher Streit käme, würde der Regierung nichts anderes übrig bleiben, als ganz ohne das geringste Zögern alle Mittel des Staates in Anwendung zu bringen, um ihn rasch zu gewinnen. Dies sei keine Drohung, keine Regierung könnte anders handeln.

Der englische Eisenbahnkompromiß gescheitert.

London, 21. März. (Reuter.) Die Eisenbahner haben den Vorschlag der Regierung abgelehnt.

Lloyd George gegen die Verzögerung des Friedens.

Er fürchtet die Gewalt der englischen Arbeiter.

Haag, 21. März. (Holländisch Neuwsbureau.) Aus London wird gemeldet: Lloyd George erklärte britischen Journalisten gegenüber, daß, wenn der industrielle Zustand in England seinen unveränderten Verlauf nehme, er in Paris bleiben wolle, um einen möglichst schnellen Frieden zu erzielen. Die ganze Welt habe den Frieden nötig, und bevor dieser zustande gekommen sei, werde die Ruhe in der industriellen Welt nicht zurückkehren. Jede Verzögerung des Friedens und seine Rückkehr nach England würde eine Verzögerung bedeuten, würde die industriellen Anzügen nur fort dauern lassen. Das sei auch die Auffassung seiner Kollegen im Rat. Außerdem könne er, nachdem er von dem Bericht des Vorsitzenden der Kohlenkommission Kenntnis genommen habe, sich nicht vorstellen, warum eine Gefahr für sofortige Schwierigkeiten bestehen sollte. Soweit er urteilen könne, spreche aus diesem merkwürdigen Dokument der ernste Wunsch alles zu tun, was im Interesse der beteiligten Parteien liege. Der Bericht wäre den Bergarbeitern durchaus nicht unangenehm; um so weniger könne er begreifen, daß die Arbeiter angesichts eines solchen Berichtes für eine Gewaltaktion sein sollten. Die Arbeiter hätten jetzt ihr Tribunal, das deutlich gezeigt habe, daß es bereit sei, alle Klagen zu untersuchen. Dieses Tribunal plötzlich zu verlassen und statt dessen zu Gewalt überzugehen, erscheine als eine Art des Aufstehens, die er von verantwortlichen Führern nicht erwarten könne.

Entente und Orient.

Haag, 21. März. (Holländisch Neuwsbureau.) Aus Paris wird gemeldet: General Allenby hatte eine Unterredung mit Clemenceau, Lloyd George und Wilson über Orientfragen. General Allenby war am Mittwoch in Paris eingetroffen und reiste am Montag abend wieder nach Kairo ab. Resultat des Orient ergeben sich zwei Fragen. Die erste wurde bereits Ende Januar von Lloyd George erwähnt und bezieht sich auf die Zurücknahme der britischen Streitkräfte aus den verschiedenen Gebieten des Orients, die gegenwärtig von England besetzt sind, aber die aber die Engländer die Vormundschaft nicht wünschen. Man weiß, daß Lloyd George bekannt gab, daß Großbritannien auf keinen Fall ein Mandat des Völkerbundes für Syrien annehmen wird. Die zweite Frage bezieht sich auf die endgültige Anweisung der Mandatare für die Begrenzung der hybridenen Einflusphären. Diese endgültige Verteilung der Mandatare kann selbstverständlich nur im Zusammenhang mit den allgemeinen türkischen Fragen geregelt werden und es dürfte auch nötig sein, daß Orlando sich über Italiens Ansichten ausdrückt.

General Allenby erklärte vor seiner Abreise nach Kairo in einer Presseverlesung, daß die Ruhe in Palästina sehr schnell wieder hergestellt worden sei. Obwohl vielleicht erneute Reibungen bei der Zurücknahme der Truppen entstehen könnten, brauchen noch keinerlei ernste Ereignisse befürchtet werden. Die Frage der Eisenbahnverbindungen ist eine der wichtigsten, nicht nur für die Ausbeutung des Landes selbst, sondern auch für die künftige wirtschaftliche Wohlfahrt. Das Gebiet, das unter Befehl des Generals Allenby steht, wird von einer tatsächlich türkischen Bevölkerung bewohnt. Die Verwaltung erfolgt im Einklang mit den bestehenden Gesetzen bis zur endgültigen Besetzung des Mandatars für diese Gebiete. Der General wies darauf hin, daß es jetzt möglich sei, mit der Eisenbahn von Konstantinopel nach Kairo zu gelangen.

Einstellung des russischen Eisenbahnverkehrs

Haag, 21. März. (Werbung des Holländisch Neuwsbureau.) Die „Times“ berichtet aus Peking, daß die Sowjetregierung den Eisenbahn-Passagierverkehr in ganz Rußland vom 18. März bis zum 10. April stillgelegt hat. Offiziell wird dies mit der Notwendigkeit des Transportes von Lebensmitteln begründet, da die Hungersnot immer ernster wird und Opibemien immer weiter um sich greifen.

„Haben wir das nicht einmal in den vier Jahren verdient, daß wir Stoff zu einem Anzug bei der Entlassung mitbekommen? Hier in der Stadt laufen die Weiber der Kriegsgewinnler in funkelneulernen Kostümen herum! Wir haben nichts anzuziehen, unsere Weiber laufen in Fäden und Lumpen! Kameraden, wollen wir uns das gefallen lassen?“ Das alte Lied, die aufpeitschende Wirkung: ein Tumult brach los. „Recht die Tore auf!“ „Raus mit den Stoffen!“ „Wo ist der Soldatenrat? er soll die Stoffe verteilen!“ Der Führer des Soldatenrates suchte, noch von der Menge unbemerkt, die zur Sicherheit des Schuppens bestimmte Waage. Zwei Mann nahen sich ihm mit verlegenen düstern Mienen. „Die andern sind dazwischen, sie wollen alle sofort die Stoffe Kamerad, auf unsere Kameraden können wir doch nicht schließen —“ Kameraden, auf unsere Kameraden können wir doch nicht schließen —“

Ein Augenblick hatte er daran gedacht, Schließen lassen, Menschen töten wegen 100 000 M.? Die Wahl blieb ihm erspart, er sah ein, er würde niemanden dazu bereitleiden. Eine Wit packte ihn, er hätte schreien mögen: Das hatten vier Jahre Krieg und Hunger, hatte der Eroberungswahn einer Klasse aus einem gesunden Volke gemacht. Einen Hauf Menschen, der jedem Heber folgte, wenn es einen greifbaren Vorteil, ganz gleich, auf wessen Kosten, gab. Ein paar Minuten Sammlung, dann hatte er sich gefaßt. Er trat hinaus auf die Kampe. Das Geschrei löbte zu einem drohenden Schweigen ab. „Kameraden! Die Stoffe werden morgen an die Entlassenden gerecht verteilt; und übermorgen, bis sie alle sind. Ihr habt es so gewollt.“ Ein Wirbel von Beifall, zweifelnden Zurufen, Fragen gellen zu ihm empor. Nach einer harten halben Stunde hatte er auch die misstraulichsten beruhigt, der Plah vor dem Güterschuppen wurde leer; die Waage drückte sich herum, trotzig schen ihn vermeidend. Mit dem trostlosen Gefühl, etwas Unverantwortliches getan zu haben, fuhr er nach Haus. Besser so, als noch schlimmer, als Plah machen dem Heber!

Ein Telegramm von Berlin flog ihm auf den Tisch. „Stoffe aus Güterschuppen C morgen verladen nach Berlin. Reichsbedienstungstelle.“ Raus lachte er auf. Einen Tag früher, es wäre gelungen! Folgte er kpt dem Befehl der Regierung, gab es Ward und Totschlag. Wer sollte die Stoffe verladen? Niemand würde sich der Wit der Menge aussetzen. Und schon kam ein dumpfes Grollen näher, das Trompeln vieler nagelbeschlagener Stiefel auf dem Strohkopfler. Vor der Tür hauchte sich die Menge, tief ihn drohend, herrlich. Er trat hinaus. Jemand war, der sich zum Sprecher der Menge gemacht, fragte ihn: „Du willst die Stoffe morgen nach Berlin schicken?“ „Nein, eine Ordennang hätte geplatzt.“ „Kameraden! Was ich gesagt, habe ich; die Stoffe werden verteilt. Glaub! Ihr das nicht, misstraut Ihr mir, dann wöhlt Euch jemand anders zu Eurem Führer.“ Verlegenes Schweigen, dann drückte ein Beifall auf, die Masse geräuschte sich

mit Hochrufen auf ihn. Im dunklen Treppenschlur hielt er sich an dem Geländer, so witz war ihm. „Euer Vertrauen habe ich, Ihr das meine?“

Notizen.

- Theater. Das Rose-Theater eröffnet nach Abbruch des Dreimäderl-Gastspiels am 1. April die Spielzeit mit dem früber verbotenen Drama „Stärker als der Tod“ von Carl M. Jakob.
- Musik. Das Wiltner-Orchester veranstaltet am kommenden Sonntag einen Konzertiabend im Wiltner-Saal. Dirigent: Paul Scheinflug. Das Programm enthält u. a.: Laudate Dominum für Cello, Harfe und Orgel und Quintett es-dur für Klarinet, Oboe, Klarinette, Basson und Horn.
- Kunst. Die Gedächtnis-Ausstellung von Hugo Kraus in der Berliner Sezession wird Sonntag, den 23. März, mittags 2 Uhr, geschlossen.
- Humperdinck's „Gaudefamus“, die humoristische Studentenoper aus Wiedermeyerzeiten, deren Text von Robert Risch ist, wurde am Dienstag im Darmstädter Hoftheater uraufgeführt. Die Musik lehrt wie der Text zu dem alten Stil der populären Spieloper zurück. Die Berichte duchen einen vollen Erfolg.
- Die Kont-Gesellschaft, die forden den Jahresbericht für 1918 versendet, hat sich zu der umfassendsten philosophischen Organisation der Gegenwart ausgebaut, die alle Standpunkte und Richtungen der Philosophie unserer Zeit umfaßt. Sie zählt außer den Dauermitgliedern bereits über 1350 Jahresmitglieder. Näheres durch den Geschäftsführer Dr. Artur Liebert, Berlin W. 15, Hofmannstraße 48.
- Die Umgestaltung der Russen im Sinne der neuen Zeit benennt Wih. A. Valentiner ein Buchlein, worin er die vollständige Neuordnung dieser Anhalten fordert. (Verlag G. Grote, Berlin.) Auf Grund praktischer Erfahrungen macht der Verfasser eine Reihe beachtenswerter Vorschläge, die er zum Teil schon im „Wortworts“ angedeutet hatte. Er befragt u. a. auch die Schaffung einer besonderen Stelle für Erziehung des Volkes zur Kunst. Beiträge von H. E. Oltmanns, Paul Häder, O. Grawhoff und B. J. Schmidt spinnen die Fragen weiter aus und beleuchten die volkstümliche Kunstpflege.
- Das Schicksal der Wiener Staatsoper. Das Wiener Burgtheater ist (wie die ehemalige Hofoper) in ihrem Bestande bedroht, da der verkleinerte Staat das große Defizit nicht mehr übernehmen wollen. Man spricht von einer Umwandlung des Staats- in einen Genossenschaftsbetrieb der Schauspielerei. Es sollen auch ein zweites Theater sowie Kino und Konzertsäle damit verbunden werden, um den Betrieb auf eine breitere Basis zu stellen. — Eine Ausbeutung des Rinos für höhere Kunstzwecke beabsichtigt auch der Intendant der Münchener Staatsoper, Schwaneke, der im Marfall ein Staatskino errichten will.

Gegen die Lostrennung des Rheinlands.

7. Sitzung, Freitag, den 21. März.

Im Ministerische: Hirsch.
 Präsident Heinert eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.
 Eingegangen sind zahlreiche Einsprüche und Verwahrungen gegen die Loslösungsbestrebungen vom Reich, ferner ein Antrag Dr. Friedberg (Dem.) auf Räumung der Schulen vom Militär.
 Es liegen sechs förmliche Anfragen vor, und zwar des Abg. Dr. von Krause (D. Vg.) über die Grundzüge für die Anstellung und Entlassung von Staatsbeamten, des Abg. Graf. Frankfurt a. M. (Soz.) über die Verbesserung des Bergarbeiter-Schutzes und die Revivierung des Knappschaftswesens, des Abg. Ding (D. Volk.) über die Pressefreiheit, des Abg. Bräun (D. Volk.) über die schleswig-holsteinische Frage, des Abg. Bud-jahn (D. Volk.) über die Fürsorge für die von den Polen abgesetzten Beamten und des Abg. Wittrod (Dem.) über die Abtrennung Nordwestdeutschlands.

Ministerpräsident Hirsch erklärt, daß die Regierung die Anfragen in aller nächster Zeit beantworten werde.

Der Gesandtenrat über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der Landesparlamentarische Versammlung wird auf Antrag des Abg. Herold (S.) in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Zwei Anfragen über die polnische Frage werden vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt.

Zur Verhandlung stehen dann Anfragen des Abg. Ding (D. Volk.) über die Unteilbarkeit des preussischen Staates und des Abg. Dr. Friedberg (Dem.) über die Loslösung der Rheinlande von Preußen sowie des Abg. Graf (Soz.) über die gleiche Frage.

Abg. Ding (D. Volk.): Die ganze Frage hat durch die Beschlüsse des Verfassungsausschusses in Weimar ein neues Gesicht bekommen. Danach kann die Gründung einer westdeutschen oder einer norddeutschen Republik beschlossen werden, ohne daß Preußen gehört wird. Das ist eine unerhörte Majorisierung Preußens durch das Reich, eine unerhörte Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Einzelstaaten. Wir sind gegen alle Bestrebungen, die den preussischen Staat in eine Reihe von Einzelrepubliken zerlegen wollen.

Von diesen Wendungen aus muß namentlich der Plan der Gründung einer westdeutschen Republik zurückgewiesen werden. Es ist völlig falsch, daß die in Betracht kommenden Gebiete schief nach einem eigenen Rechtskreis empfunden hätten. Die Angelegenheit ist lediglich durch Zentrumssabgeordnete in Fluß gebracht; besondere Förderung hat den verwerflichen Plänen auch der vorläufige Verfassungsausschuß von Preußen gebracht, der mit vollem Bewußtsein an die Forträumung der Weimarer Schöpfung gegangen ist. In unserer Freude gehört neuerdings auch Dr. Preuß zu den Gegnern der Loslösungsbestrebungen. Jetzt ist dieser Preuß eigentlich erst ein wirklicher Preuß geworden. (Heiterkeit.) Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß schon im Frieden eine lebhaft abneigende Haltung gegen Berlin wegen des altpreussischen Bürokratismus bestanden hat. Verschärft ist diese Abneigung zu einer Los- von Berlin-Bewegung durch die skandalösen Vorgänge in der Reichshauptstadt durch die spartakistischen Tölpel und die Wirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte (Stürmischer Widerspruch bei den Reichssozialisten). Aber, meine Herren, dagegen läßt sich doch einfach gar nichts sagen. (Erneuter stürmischer Widerspruch.)

Auf den Höhepunkt kam die Nichtstimmung gegen Berlin durch die ungerochte Willkürbereitschaft der vorläufigen Regierung, die z. B. der Bevölkerung das Gemeindefeld wahlrechtlich ganz einfach aufgegeben hat. (Große Unruhe.) Dieser Schritt der Regierung war unter allen Umständen überflüssig und wäre in Rücksicht darauf, daß die Sozialdemokraten in so großer Zahl in dieses Haus eingezogen sind, auch gar nicht nötig gewesen; in dieser Frage hätte die Landesversammlung unter allen Umständen gehört werden müssen. Die Befürchtung, daß die nächsten Wahlen eine sozialistische Mehrheit ergeben können, teilen wir nicht, wir sind vielmehr der Meinung, daß die Wählermassen sich mehr und mehr wieder uns zuwenden und schauen den nächsten Wahlen mit froher Zuversicht entgegen. Katholische und Zentrumskreise sind immer wieder die Quellen der Loslösungsbestrebungen; in den nichtkatholischen Gebieten ist von einer solchen Bewegung nichts zu spüren. Ganz besonders unterstützt die rheinisch-westfälische Industrie die Trennungsbestrebungen nicht, obwohl man sie in den Verdacht gebracht hat, sie wolle einen von Frankreich abhängigen Rheinischen

Bufferstaat ins Leben rufen. Die rücksichtslose Geltendmachung der Autorität hat ja manchmal etwas Bedrückendes, aber wie vermischen wir sie jetzt in der Kaiserlosen, der schrecklichen Zeit! (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Aber auch sehr starke realpolitische Interessen spielen hier eine entscheidende Rolle. Die Trennung von Preußen würde die Rheinprovinz volkswirtschaftlich aufs nachteiligste beeinflussen. Wir Rheinländer wollen uns als preussische Landskinder von unserer Mutter nicht trennen lassen, wir stehen in unerschütterlicher Treue zu dem ungeteilten und unteilbaren preussischen Staat und zu dem einheitlichen und geschlossenen Deutschen Reich. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schömann (Dem.) begründet die förmliche Anfrage Friedberg und Genossen: Welche Maßnahmen bedient die Staatsregierung zu ergreifen, um den unterwühlenden Bestrebungen erfolgreich entgegenzutreten, die auf eine Loslösung der Rheinlande von Preußen hinstreben? Der bayerische Bevollmächtigte v. Preger hat gestern im Weimarer Verfassungsausschuß gesagt, er könne sich nicht vorstellen, daß der Preussische Landtag so einfach einen Beschluß der Nationalversammlung auf Abschlagung Preußens hinnehmen würde. Er hat damit vollständig die Stimmung dieses Hauses wiedergegeben. (Lebhafte Zustimmung v. d. Dem.) Wenn einst die große Zeit kommt, da das alte Schemen nach einem wahrhaft einigen Deutschland sich erfüllen kann, dann wird diese große Zeit in diesem Hause kein kleines Geschick finden. Wir haben Partikularismus genug geholt, wir sind bereit, die Bahnbrecher für ein neues einheitliches Deutschland zu sein. Solange die Vorbedingungen für eine von jeder Kleinstaaterei freie deutsche Einheitsrepublik infolge nichtpreussischer Widerstände nicht gegeben sind, lehnt die demokratische Fraktion alle Pläne ab, die auf eine Aufteilung Preußens hinauslaufen. Den Gedanken der Loslösung der Rheinlande von Preußen halte ich für ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, zumal dabei von vornherein nicht von einem preussischen Verwaltungskörper, sondern von einer autonomen Republik die Rede gewesen ist. Ein autonomer Staat gibt sich eben selbst Befehle, er bestimmt selbst seine Außenpolitik, seine Handelspolitik, seine Zollgrenzen. Den Herren, die in Köln dafür eingetreten sind, ist doch gewiß nicht an einer Republik gelegen, die von Berlin oder von der Nationalversammlung regiert wird. Redner bespricht dann die Kundgebungen, Versprechungen und Vermählungen, die in Baden der Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik stattgefunden haben. Am 4. Dezember — am Tage darauf wollten die Engländer in Köln einmarschieren — ist der Gedanke der Offenheit unterbreitet worden. Und zwar war die Sache so gut vorbereitet, daß selbst Engelens Trümpfen erst am 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von dem Plane Kenntnis erhielt. Der Hauptförderer der ganzen Bewegung ist Dr. Froberg, Mitglied der Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“, ein geborener Elsässer, der gute Beziehungen zur französischen Presse hat. (Zuruf rechts: Landesverrat!) Herr Froberg ist als Pazifist in den weitesten Kreisen bekannt; wie er da in die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ hineingeraten ist, die sich während des ganzen Krieges so annexionistisch gebildet hat, ist mir nicht ganz klar. Man spricht immer von einer rheinisch-westfälischen Republik, dabei hat in ganz Westfalen kein Mensch sich auch nur vorübergehend mit der Sache befaßt. (Sehr richtig!) Dann hat am 10. März in Köln eine Versammlung stattgefunden, in deren Namen ein zu dem Zweck eingesetzter Ausschuss einen öffentlichen Aufruf erlassen hat, in dem es unter anderem heißt, der zu gründende westdeutsche Freistaat werde eine Friedensrepublik sein. Als ob nicht die Deutsche Republik bestimmt und berufen wäre, eine solche Friedensrepublik zu sein. (Sehr richtig!) Als ob es dazu einer besonderen rheinisch-westfälischen Republik bedürfte. Außerordentlich peinlich muß es dabei berühren, daß man sich schon am 7. März, also drei Tage vor der Versammlung, an die Mitglieder, an die Engländer gewandt hat und ihnen den Text vorgelegt hat. (Hört, hört! und Zuruf: Landesverrat!) Was führen nun die Verantwortlichen der Bewegung als Gründe für ihre Haltung an? Sie sagen selbst: in erster Linie die Furcht vor Annexion. In den verschiedenen Phasen der Angelegenheit tauchten geheimnisvolle Männer und Namen auf, die angeblich Mitteilungen gemacht hätten, was die Entente eigentlich beabsichtige, und was man tun müsse, um ihre Absichten zu durchkreuzen. Bei der Versammlung in Elberfeld wurde gesagt: Wir müssen rasch eine Republik gründen, denn wir wissen aus einer durchaus zuverlässigen Quelle, von einer

hochstehenden Persönlichkeit, ganz genau, daß nur durch die Gründung einer Republik einer Verwelschung der Heimat vorbeugt werden kann. Als gefragt wurde: Wer ist der Mann? Da erklärte man, das könne man öffentlich nicht sagen. Aber dann gingen zwei Kölner Herren herum und flüsternten jedem ins Ohr: Croener? Dabei hat Croener sich ausdrücklich zu dem Standpunkt bekannt, daß die Errichtung einer Republik im Westen zum mindesten in wirtschaftlicher Beziehung zu einer verfallenen Annexion führen werde. (Hört, hört!) Als es gar nicht mehr ging, wurde verbreitet, daß Wilson dazu geraten habe. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß die Freunde der rheinisch-westfälischen Republik mit ihrem Plane der deutschen Sache haben dienen wollen. Tatsächlich haben sie aber damit genau das Gegenteil erreicht. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Deshalb ist es um so notwendiger, daß dieses Haus klar und deutlich zu erkennen gibt, daß die Vertreter des preussischen Volkes nichts wissen wollen von einer Abkündigung, an allerwenigsten unter den jetzigen Verhältnissen.

Abg. Runge (Soz.): Wir haben die Pflicht, hier den schärfsten Einspruch gegen alle Abtrennungsbestrebungen zu erheben. Wir sind Deutsche und wollen es bleiben. (Beifall.) Der Gedanke des nationalen Zusammenhangs ist im Volke nie so stark gewesen wie gegenwärtig. Sehr eifrig betrieben wird die Bildung des westdeutschen Freistaates. Diese Bestrebungen stehen mit der Wahrnehmung vaterländischer Interessen nicht im Einklang. Ein dem Zentrum verwandtes Blatt hat geradezu die Trennung von Deutschland gefordert. (Widerspruch im Zentrum.) Diese Kreise glauben, daß sie dann keine Kriegssteuern zu bezahlen brauchen. Die Anfänge dieser Bewegung liegen schon vor dem Erlaß des früheren Kulturministers Hoffmann. Schon am 9. November, am Tage nach der Kölner Revolution, wurde beim Kölner Oberbürgermeister über die

Errichtung eines westdeutschen Freistaates

gesprochen. Am 4. Dezember wollte das Zentrum die rheinisch-westfälische Republik proklamieren. (Hört, hört!) Auch an die Sozialdemokraten ist man herangetreten. Wir erklären aber, daß wir gegen diese Pläne seien. Als wir im Jahre 1906 für Preußen das gleiche Wahlrecht verlangten, wurde gegen uns Anklage wegen Hochverrats erhoben. Die Konstitutionsregierung hat aber gegen diese Loslösungsbestrebungen nichts unternommen. Wir erheben gegen alle diese Abtrennungsbestrebungen schärfsten Protest. Die Arbeiterschaft der Rheinlande hat nicht das geringste Interesse an einem westdeutschen Freistaat. Sie würde die Verkündung der rheinisch-westfälischen Republik mit dem Generalstreik beantworten. (Beifall.) Wir lassen uns nicht als Zentrumsklientel austrufen. Auch die katholischen Arbeiter stehen nicht hinter diesem Gedanken. In Weimar handelt es sich zunächst um einen Kommissionsbeschluß. Solange wir keinen deutschen Einheitsstaat haben, solange müssen auch diese Einzelstaaten gestagt werden, ob Landesteile von ihnen abgetrennt werden sollen. Geben Sie (zu dem Zentrum) diese Sonderbestrebungen auf, zeigen wir den Gegnern, daß das preussische Volk einzig ist. (Beifall.)

Ministerpräsident Hirsch:

Die Regierung hat es für ihre selbstverständliche Pflicht gehalten, die Bestrebungen auf eine Teilung Preußens und auf eine Loslösung der Rheinprovinz von Preußen mit aller Aufmerksamkeit zu verfolgen und sich über die Ursachen klar zu werden. Die Gründe dieser Bestrebungen sind mannigfacher Art. Die Behauptungen des Abg. Ding treffen allerdings nicht zu. Er sprach von den spartakistischen und bolschewistischen Vorgängen und von den Verordnungen der Regierung, durch die die Loslösungsbestrebungen gefördert werden sollen. Es ist hier bereits festgestellt worden, daß der Plan zur Gründung einer selbständigen Republik schon am 9. November propagiert wurde, also zu einer Zeit, als von Bolschewismus in Deutschland noch gar nicht die Rede war, und als an die Verordnung des Gemeindefeldwahlrechts noch gar nicht zu denken war. Die rheinisch-westfälische Bewegung ist mit von unseren Gegnern in Gang gebracht worden. Dazu kommen wirtschaftliche Erwägungen. Die Freunde haben den Gedanken gefaßt, daß ein selbständiges Rheinland bei den Friedensbedingungen besser behandelt werden würde. Gemisse rheinische Kreise glauben, daß das rheinische Wirtschaftsleben sich in einer gewissen Unabhängigkeit vom gesamtpreussischen Wirtschaftsleben besser würde aufbauen lassen, dazu kam bei den Rheinländern, die den Kulturkampf nicht vergessen haben, ge-

30]

Stine Menschenkind.

Von Martin Andersen Nexø.

Im Elsternest hatte die Familie sehr unter der Kälte zu leiden, obwohl Tag und Nacht im Ofen Feuer war. Die Stube war nicht warm zu bekommen. Sörine stopfte mit dem Brotmesser alte Lumpen zwischen das Mauer- und Fachwerk; aber eines Tages, während sie bei dieser Arbeit war, fiel eine Mauerfüllung heraus. Sie mußte das Federbett nehmen und das Loch zustopfen, bis Lars Peter am Abend nach Hause kam, die Füllung wieder einlegte und außen ein paar Bretter dagegen schlug, damit sie hielt. Das Dach war auch nicht viel wert, die Ratten und der Marder hatten es im Laufe der Zeit durchlöchert, so daß es wie ein Sieb war und der Schnee fiel in den Speicher hinein. Das Ganze taugte nichts!

Kein Abend und Sonntag verging, ohne daß Sörine verfrüchte, Lars Peter aufzurütteln und zu veranlassen, etwas zu unternehmen.

Aber was sollte er machen? „Ich kann nicht mehr arbeiten, als ich tue, und zum Stehlen lauge ich nicht,“ sagte er. „Was tun denn die anderen, die eine nette Wohnung haben, und bei denen es warm in der Stube ist?“

Ja, wie finden die anderen das an? Lars Peter ahnte es nicht. Er hatte nie jemanden beneidet und hatte auch keine Vergleiche gezogen, so daß die Frage bisher nicht brennend geworden war.

„Du raderst dich ab, aber du erreichst nichts, soviel ich sehen kann,“ fuhr Sörine fort.

„Meinst du das im Ernst?“ Lars Peter sah sie über- rascht und traurig an.

„Ja, das ist meine Ansicht. Oder hast du vielleicht schon irgend etwas erreicht? Müssen wir uns nicht genau so absichern wie an dem Tage, an dem wir anfangen?“

Lars Peter duckte sich unter ihren harten Worten. Aber recht hatte sie ja; mehr als das, was streng notwendig war, konnten sie sich nie leisten.

„Es gehört viel dazu, und alles ist teuer,“ sagte er zur Entschuldigung. „Mit dem Geld ist auch nichts los! Man muß zufrieden sein wenn es gerade eben noch geht.“

„Du mit deinem zufrieden und immer wieder zufrieden!“

Können wir vielleicht davon leben, wenn du immer herumläufst und vergnügt bist? Weißt du, warum die Leute dieses Haus hier das Elsternest nennen? Weil wir nicht vorwärtskommen und nichts hier gedeiht, sagen sie.“

Lars Peter nahm seinen Schlapphut von dem Nagel an der Tür herunter und schlenderte hinaus. Er war jetzt schlechter Laune und suchte seine Tiere auf; mit ihnen und mit den Kindern verstand er sich am besten; mit den Erwachsenen dagegen wußte er nicht richtig umzugehen. Er mußte doch wohl irgendeinen Mangel haben, da alle fanden, daß er ein komischer Bursche sei, bloß weil er froh und zufrieden war.

Der große Klaus hörte seine Schritte sobald er zur Küchentür hinaus war, und wieborte ihm entgegen. Er ging an dem Stand entlang und strich über den Rücken des Gaus; dieser glich einem Brat, das den Kiel nach oben lehrte. Ja, gewiß, das Tier war nur Haut und Knochen — wenn man es so ansah! Sein Keuheres machte keinen guten Eindruck, und laufen konnte es auch nicht. Die Leute belächelten die beiden, wenn sie sie kommen sahen — er wußte das alles! Aber sie teilten Gutes und Böses, und der große Klaus war nicht wählerisch; er nahm es, wie es kam, genau wie sein Herr.

Lars Peter hatte sich nie um die Ansicht der anderen Menschen gekümmert; aber nun war an seinem Dasein gerüttelt worden, und er verführte den Drgno sich und das Seine zu verteidigen. In dem Stand neben dem großen Klaus lag die Kuh, das alte Geißermaul. Es war richtig, sie war in dieser Zeit nicht viel wert, wenn sie auf den Markt sollte, um Geld zu bringen; sie war in einer schlechten Futterverfaltung und lag am liebsten. Aber zum Frühjahr, wenn das Gras kam, würde sie sich gewiß wieder erholen. Und eine gute Kuh war es für so eine Familie wie die seine; das ganze Jahr gab sie Milch. Und fette Milch! Lars Peter pflegte auf alle todelnden Bemerkungen über sie mit dem Scherz zu erwidern, man könne von ihrer Milch dreimal den Scheum abnehmen, und es bliebe nichts anderes als Sabne übrig. Er hatte sie einfach lieb, nicht zum wenigsten wegen all der guten Nahrung, die sie den Kleinen geliefert hatte.

In einer Ecke des Wirtschaftsgebäudes war ein Bretterverfah für das Schwein. Auch dieses hatte ihn kommen gehört, und nun wartete es darauf, daß er es im Roden fressen würde. Es litt an einem Darmbruch; Lars Peter

hatte es auf einem Hof zum Mitnehmen bekommen. Schön sah es nicht aus, und Staat konnte man nicht mit ihm machen; aber den Umständen nach war es recht gut geblieben, wie ihm schien. Man brauchte nicht die Nase über das Tier zu rümpfen, wenn es erst einmal in das Salzfah kam. War das Schwein vielleicht schuld an Sörines Aerger.

Die Felder lagen tief unterm Schnee und ruhten aus, aber er konnte durch die weiße Decke jeden Unrath erkennen. Sie waren sandig und lieferten färgliche Jinsen, aber Lars Peter liebte sie, wie sie einmal waren. Für ihn waren sie wie ein Gesicht mit lieben, lebendvollen Zügen; ebenso gut wie ihnen etwas nachzulagen, hätte er anfangen können, an seiner Mutter etwas auszulassen. Er stand an der Scheunentür und blickte zögernd über sie hin; vergnügt war er nicht — wie sonst, wenn er des Sonntags über schaute, was sein eigen war. Heute begriff er nichts! —

Täglich kam Sörine auf dasselbe Thema zurück und machte neue Vorschläge. Sie wollten das Haus der Mutter kaufen und es hierher verlegen; es war aus Eichenholz gebaut und konnte noch viele Jahre halten. Oder sie wollten die Mutter aufs Altenteil nehmen, solange es Zeit war — und dafür würden sie dann bekommen, was Maren besaß. Immer wieder weilten Sörines Gedanken bei der Mutter und ihrem Eigentum. „Nimm einmal an, sie bezieht das Altenteil bei einem anderen und überläßt ihm das Ganze! Oder sie bringt Stines zweihundert Taler durch!“ sagte sie. „Sie ist ja ganz lindisch geworden!“

Es war, als wäre ein böser Geist in sie gefahren und Lars Peter ließ sie reden.

„Ist es nicht wahr, Stine, daß es am besten wäre, wenn Großmutter zu uns herüberkäme?“ fuhr Sörine dann wohl fort. Sie erwartete bestimmt, daß das Mädchen ihr zustimmen würde, weil es ja rein verriessen auf die Großmutter war.

„Das weiß ich nicht,“ erwiderte Stine verdrossen. Die Mutter hatte sich in der letzten Zeit große Mühe gegeben, um sie in dieser Frage zu ihrer eigenen Ansicht zu bekehren, aber Stine brachte ihr Mißtrauen entgegen. Wie gern wäre sie wieder mit ihrem Großvater zusammengewesen, aber es sollte nicht auf die Art geschehen, daß die Alte es hier schlecht hatte. In die Fürsorge der Mutter glaubte Stine nicht. Dahinter steckte eher ein böser Plan als Tochterliebe, das hatte Großvater selber gesagt.

(Fortf. folgt)

Wisse kulturelle Sorgen. Schließlich wird besorgt, daß in absehbarer Zeit die dortigen politischen Beamten einseitiges und den rheinischen Wünschen nicht entsprechendes Gepräge erhalten können. Die Bestrebungen in Westfalen sind in nicht geringem Umfange eine Anschlußbewegung an die rheinische Bewegung. Die niedersächsischen Bestrebungen sind bei Ausschaltung der außenpolitischen Sorgen und Jurisdiktionen des religiösen Moments im wesentlichen auf der Stammesart aufgebaut. Im Süden Schleswig-Holsteins greifen wirtschaftliche Wünsche der Hansestädte ein. Dazu tritt die norddeutsche Frage. In Ostpreußen wird, abgesehen von den politischen Wünschen, die territoriale Abschneidung bestritten. Die Regierung hält fest an ihrer Besinnung vom 10. Dezember 1918, die sich gegen die Loslösungsbestrebungen richtet, die mit allen Mitteln zu bekämpfen sind. Sämtliche preussischen Behörden sind angewiesen worden, sich nach diesen Vorschriften zu richten. Die Regierung hält auch fest an dem Aufruf der Volksbeauftragten vom 11. Dezember 1918, in dem erklärt wird, daß das Ziel der deutschen Volksbewegung nicht die Wiedereinsetzung einzelner Teile vom Gesamtgebiet ist, sondern die feste Vereinigung, und in dem gegen eine rheinisch-westfälische Republik scharfer Einspruch erhoben wird. Politisch ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Was gestern selbstverständlich war, kann morgen nur von historischer Bedeutung sein. Vor allem ist bei den Loslösungsbestrebungen auch der Eindruck auf das Ausland zu berücksichtigen. Dieser Mangel an Solidaritätsgefühl in der größten Not des Vaterlandes muß nicht nur ungünstig wirken, sondern er wird gefährlich, weil er bei unseren Gegnern weitergehende Wünsche weckt.

Von französischer Seite ist wiederholt betont worden, daß die französischen Annexionsbestrebungen nicht dem Selbstbestimmungsrecht widerstreiten, da die Rheinländer selbst den Anschluß nach dem Weichen haben. Wie erblickt die einzige Keimzelle vor der Verwirklichung der französischen Annexionswünsche in der Abkehr aller Seiten von jeglichen Loslösungsbestrebungen und Sonderbildungswünschen. Es ist nicht aller preussischen Staatsbürger ohne Unterschied der Partei, sie nachdrücklich zu bekämpfen. Das Gemeinheitsgefühl muß in den Vordergrund gestellt werden. Ich bin überzeugt, daß auch die Urheber der Loslösungsbestrebungen zu Warnern vor ihnen geworden wären, wenn sie die Gefahren ihrer Absichten richtig abzuschätzen verstanden hätten. (Sehr richtig!) Was die Sonderbildungsbestrebungen anderer Gebietsteile betrifft, gibt es selbstverständlich enge wirtschaftliche Beziehungen zwischen bestimmten Einzelstaaten und den angrenzenden preussischen Gebietsteilen. Preußen ist bereit, sich daraus ergebende Erwartungen nach Möglichkeit zu berücksichtigen; doch Preußen will nicht annektieren, aber auch nicht annektiert werden. (Beifall.) Die Regierung tritt nicht für einen preussischen Partikularismus ein; der ist für alle Seiten erledigt. Sie ist ein entschiedener Anhänger und Förderer der Reichseinheit; unter weitgehender Ausschaltung der Selbstverwaltung zugunsten der Reichseinheit ist Preußen bereit, seine staatliche Selbstständigkeit in weitgehendem Maße zu opfern. Deshalb hat zuerst die Regierung auf Selbstbestimmungen in dem mar geschlossenen Beschluß der Verfassungsausschusses, der deutlich gegen Preußen gerichtet ist, sie beklagt im Interesse Deutschlands. (Beifall.) Preußen verlangt kein Votum, will sich aber auch nicht einschließen lassen. (Beifall.) Preußens Verwaltungs-, wirtschaftliche und kulturelle Leistungen sind wirkliche Werte, die nicht verloren gehen dürfen; dem Reiche muß die Leistungsfähigkeit Preußens in volstem Maße erhalten werden. (Beifall.) Die Forderung des Aufbaus und der Organisation Preußens, die notwendig werden würde bei der Bildung von Einzelstaaten in seinem Gebiet bei der Loslösung wesentlicher Gebietsteile zugunsten anderer Staaten, würde Umvolgungen zur Folge haben, durch die alles, was Preußen aufgerichtet hat, umgeworfen würde. Solche Umvolgungen wären mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden. Und das Ergebnis wären doch nur leistungsunfähige Mittelstaaten, zwischen denen sich unermessliche Reibungen ergeben würden; kurz, solche Veränderungen würden Kraft und Zeit verschlingen, die besser anders angewandt werden kann. (Beifall.) Selbstverständlich wird die Regierung sich tatkräftig bemühen, den Beschluß der Verfassungsausschusses in Weimar zu Fall zu bringen. (Beifall.) Sie wird die Weisheit des Verfassungsausschusses aber, wenn jene versagt, die Mehrheit der Nationalversammlung zu überzeugen versuchen, daß nichts Besseres geschaffen könnte als das Bestehen an diesem Beschluß, der bei der Entente laute Freude erwidern müßte. (Beifall.) Die Erkenntnis unserer Pflicht gibt uns Kraft und Mut, in dieser Richtung weiter zu kämpfen. (Beifall.)

Dieser wird die Fortsetzung der Besprechung auf Sonntag abends, 19 Uhr, verlegt.

Schluss 5 1/2 Uhr.

Groß-Berlin

Die Ansichten der Lebensmittelversorgung für Groß-Berlin

sind, wie Oberbürgermeister Wermuth gestern in einer Besprechung mit Pressevertretern ausführte, zurzeit recht unsicher. Daß in den letzten Wochen die Fleischlieferungen sehr knapp waren und der Preisbetrag nur notdürftig durch Wurstkonserven ersetzt wurde, wissen wir alle. Berlin sagt, daß es überaus schwierig ist, die Viehhandelsverbände zu ihren Leistungen anzuhalten. Immer wieder hört gerade bei der Viehlieferung die Lieberbereitschaft zu wünschen übrig, viel mehr als bei den Kartoffeln und dem Getreide. Wenn die Viehhandelsverbände ihre Pflichten gegen die städtische Bevölkerung nicht erfüllen, machen sie sich einer folgenreichen Unterlassung schuldig. Bei den Kartoffeln war der Lieferungsrückgang zunächst auf die Störungen zurückzuführen, die der Streik gebracht hat. Dann aber, als die Zufuhren wieder in Gang kommen konnten, setzte Probst ein. In den letzten Wochen ist nur ein mäßiger Bruchteil von dem hierher gelangt, was Berlin zu beanspruchen hätte. Die hier eingemieteten und eingelieferten Bestände werden bald aufgebraucht sein, so daß wir, wenn nicht der Frost aufhört und starke Zufuhren möglich werden, einen sehr trüben Zeit entgegensehen müssen.

Die versprochenen Lebensmittelzufuhren vom Ausland möchte Oberbürgermeister Wermuth zunächst lieber noch nicht in Rechnung stellen, weil niemand weiß, ob sie wirklich kommen werden. Auch das Verteilungsverfahren ist noch

sehr ungewiß. Im Berliner Rathaus ist man der Meinung, daß die ersten Vorräte den großen Städten gehören, um die dort herrschende besonders schlimme Not zu lindern. Es wird erwartet und gilt als selbstverständlich, daß an diesen Lebensmitteln nicht auch die Selbstversorger beteiligt werden dürfen. Davon könne nicht die Rede sein, sie dem freien Handel zu übergeben. Daß die Reichsregierung dies beabsichtigt, wird für nicht glaublich gehalten. Man befürchtet, daß dann vieles in den Schleichhandels-Läden verschwinden würde und nur zu Wucherpreisen von Zahlungsfähigen gekauft werden könnte. Berlin hat sich sofort an die Reichsbehörde gewendet und um Zulassung zur Mitarbeit an der Auffüllung des Verteilungsplanes gebeten.

Gemeindevertreter von Groß-Berlin!

Am Montag, den 24. März, abends 7 Uhr, findet im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, eine Versammlung der Gemeindevertreter von Groß-Berlin statt.

Tagesordnung: Referat über das Stadt- und Finanzwesen der Gemeinden; Aufsprache.

Es wird ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand der Kommunisten Konferenz der S. V. D. Groß-Berlin. J. K. Ritter.

Gemeindebeamte!

Montag, den 24., abends 7 Uhr, wichtige Versammlung sämtlicher Gemeindebeamten, Angestellten und Hilfskräfte der Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen in der Stadthalle, Eingang Klosterstraße (Untergrundbahn).

Kommunale Arbeitererräte!

Kommenden Dienstag, nachmittags 3 Uhr, im Plenarsaal des früheren Herrenhauses, Leipziger Straße

Wahlversammlung.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Räte-Kongress. 2. Vorschlag zu den Delegiertenwahlen. Der Volksrat: Richard Müller, Paul Neue.

Sozialdemokratische Vertrauensmänner der Post- und Telegraphenverwaltung.

Heute Sonnabend, 6 Uhr abends, Jugendheim, Lindenstraße 3, 2. Hof 3 Treppen, wichtige Besprechung - Flugblattverteilung. Erscheinen aller Komitee dringend erforderlich. Mitgliederbuch dient als Ausweis. Der Vertrauensrat.

Brot auf Lebensmittelkarten!

Mit Rücksicht darauf, daß bei den letzten Unruhen erhebliche Mengen Brotarten in den Brotkommissionen geräumt worden sind, hat der Lebensmittelverband Groß-Berlin beschlossen, zunächst die für die Woche vom 24.-30. März ausgegebenen Groß-Berliner Brotkarten für ungültig zu erklären. Brot und Wehl darf in dieser Woche nur auf die Abchnitte 5, 6 und 7 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte abgegeben werden; und zwar entfallen auf Abchnitt 5 500 g, auf Abchnitt 6 850 g und auf Abchnitt 7 1000 g. Auf Abchnitt 8 können anstelle von 500 g Brot 300 g Wehl bezogen werden. Beim Umtausch von Reichsbrotmarken treten die genannten Abchnitte der Lebensmittelkarte an die Stelle der Brotkarte. Brot- und Wehlkarten werden gewahrt, Brot oder Wehl auf die ungültigen Brotkarten der nächsten Woche abzugeben.

Die 5 Mark-Stadtscheine der Stadt Berlin werden vom 1. April d. J. ab eingezogen und müssen bis zum 30. April eingelöst sein. Sie werden mit dem 1. Mai d. J. ungültig. Nur echte Scheine werden angenommen. Die Einlösungsdauer der 50 Fernmit-Scheine wird bis 1. Oktober 1919 verlängert. Die Einlösungsscheine werden im Angelegenheitsbüro bekanntgegeben.

Kombenwurf in eine Kinderkiste? In dieser Notiz wird uns von einem alten Frontsoldaten geschrieben: Die Behauptung des Schuldigen, er habe die Rebellbombe „fallen lassen“, ist eine Unwahrheit. Bombenwerfer haben einen Wehrgeld mit Drahtschlinge, genau wie Strohbanden, der nur schwer herausgerissen werden kann. Im Felde wurden dafür besonders starke Schussgeschosse geliefert, aber man hat sich mit einer durch die Schlinge gesteckten Infanteriepatrone. Immer aber bedurfte es erst eines geschickten und kräftigen Juges, um die Bombe scharf zu machen. Wenn überhaupt die Möglichkeit bestanden hätte, das Rohmaterial „aus Versetzen“ loszugeben, lebten wir allen Frontsoldaten alle nicht mehr. Andererseits muß es als ein besonders unglücklicher Zufall bezeichnet werden, daß eine Rebellbombe Splittwirkung gehabt hat. Gewöhnlich reißt der Mantel, dünnes weiches Eisen, bei der Detonation nur auf, ohne uns oder dem Feind weiter zu schaden.

Ne die Arbeitlosen wird die dringende Mahnung gerichtet, im Interesse eines geordneten Geschäftsvorganges den angelegten Besuchen und Angestellten der Erwerbslosenfürsorge gegenüber sich eines angemessenen Verhaltens zu befleißigen, wie andererseits die Angestellten den Arbeitlosen gegenüber zur Höflichkeit verpflichtet sind.

Der Stadtverordnete Benede (D. Sp.) teilt mit, daß er in der Sozialfürsorgebehörde nicht gestört hat. Es ist vielmehr eine Vereinfachung mit Herrn Müller (Dnat).

Arbeiter- und Bauernverband „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin, zweite Abteilung. Tour am Sonntag, den 23. März, Besichtigung des Reichsmuseums. Treffpunkt 11 1/2 Uhr vor dem Museum, Spandauerstr. 50.

Wegen der Herabsetzung Deutschlands wird von fast allen politischen Parteien morgen, Sonntag, vormittags 11 Uhr, eine große Kundgebung im „Jugendhaus“ veranstaltet. Als Redner sind vorgesehen: a. Reichsboten, Eduard Bernheim, Dr. Maxim Pfeiffer, Gelande Dr. Hugo Harmsen, Dr. Nieber und der Leiter der „Volkshilfe“, Friedrich Kayhler.

Die Hilfsvereinigung für die aus Belgien vertriebenen Deutschen hält morgen Sonntag, vormittags 11 Uhr, im großen Saal des Lehrervereinshauses eine große öffentliche Versammlung ab, um die Forderungen aufzustellen, die sie an die Nationalversammlung zu richten gedenkt.

Ein Kunstabend: „Revolution und Ränker“ findet am Dienstag, den 25. März, abends 8 Uhr, im Bühnenklub, Post. Ferd. Hofe vom Prädikanten Landesherrn trägt junge deutsche Revolutionäre nach (Reuter, Gelsenauer, Berlin, Reich) vor. Einladungen a 10 Pfennig sind zu haben in der Formidulbuchhandlung, Lindenstraße 3 und im Hauptgeschäft Poststr. Engelshaus 15.

Freizeitliche Gemeinde. Morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Plenarsaal des Berliner Stadthauses, Klosterstraße, Jugendheim. Vortrag von Herrn Ernst Däumig. Einladungen können nicht mehr abgegeben werden.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Auf Abschnitt 54 der Verteilung kann von 26. März bis 1. April

ein Ei

abgegeben und einnommen werden. Der Preis für ein von der Reichsregierung beschlagnahmtes, geliefertes ausländisches Ei in Berlin darf im Kleinhandel 70 Pf nicht übersteigen.

Reichsrat. Der Reichsrat hat heute, Sonnabend, gegen 10 Uhr, die Aufsicht über die Verteilung in Bräse beauftragt und kann auch als Ersatz hierzu zubereitet werden. - Vom 22. bis 29. März finden auf Nr. 112 Konserven zu je 1 kg Schnittbohnen oder junge Erbsen oder Bredelpapier erhalten. Die Konserven sind bis jetzt nur für die Hälfte der Kartenteile entworfen. Sobald weitere Verteilung eintritt, wird der Verkauf fortgesetzt. Die Konserven sind nur von begrenzter Haltbarkeit und werden, falls sie verderben, in den Verkaufsstellen nur bis zum 15. April zurückgenommen. - Vom 22. bis 23. März auf Nr. 21 und 22 der Hauptverteilung 200 g Heilerfoden. - Vom 22. nachmittags bis 28. März auf Nr. 103 und 110 300 g Rubeln. - Der Weichkäseverkauf erfolgt ab heute, Sonnabend, gegen Abschnitt 40.

Spandau. Feld 214 (Kaffee-Bräu) verliert mit Montag seine Gültigkeit. - An einer Anzahl Geschäfte ist bis Montag einfl. noch Warmelade auf Feld 214 und Feld 49 für Jugendliche erhältlich.

Banken. Für Kranke und schwächere Frauen, welche über den 31. März hinaus noch Anspruch auf Vollmilch haben, findet die Neuanmeldung der Wählerinnen vom 24. bis 29. März 1919 in der Wählerleitung, Neue Schönhauser Str. 35, 2 Treppen, in den Zimmern 87 und 89 von 8 bis 2 Uhr vormittags und 3 bis 7 Uhr nachmittags statt. - Von Montag ab Warmelade, zusammen 500 g.

Spandau. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Dringlichkeit eines U. S. V.-Antrages auf Aufhebung des Belagerungszustandes von den Mehrheitssozialisten und den beiden bürgerlichen Fraktionen nicht anerkannt. Er kam also nicht zur Beratung. In der fortgeschrittenen Staatsberatung modifizierte der Stadtkommissar die interessante Mitteilung, daß der Steuerzuschlagfonds der Stadt die finanzielle Höhe von 2,5 Millionen Mark erreicht hat. Innerhalb werde trotz Inanspruchnahme dieses Fonds die Steuer erhöht werden müssen. Man rechnet um 100 Prozent, also von 100 auf 200 Prozent.

Viktoria. Christuskonzert für Volkshilfe. Das am 7. März ausgesetzene Viktoria-Konzert findet am Montag, den 24. März, abends 8 Uhr, im Saal des Gymnasiums statt. - Dienstag, den 25. März, abends 8 Uhr, Viktoria-Konzert im Saal des Gymnasiums. Eintrittskarten in den „Vorwärts“-Ausgabestellen, Kl.-Bogdanz 26 und Bartenbergstr. 1.

Reinickendorf. Heute von 1-6 Uhr wiederum Verkauf von Unterboden, Trübsel für zwei- bis dreijährige Kinder. Däumlingkarten zu 12 bis 15 Pf, das Glas, sowie einige Restbestände an Mänteln etc.

Alt-Altende. Die am 1. März über erschienene Notiz war nicht vom Sozialdemokratischen Arbeiterverein eingeleitet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin. Morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Herrenhaus (Sitzungsraum), Leipziger Str. 3.

Konferenz

der Parteifunktionäre aller 48 Abteilungen einschließlich der Bezirksleiter und Stadtverordneten der Stadt Berlin.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Der Kreisvorstand.

Gemeindevertreterkonferenzen für den Wahlkreis Teltow-Beeskow.

- Bezirk Groß-Sichterfeld-Orf, vorm. 10 Uhr, Gemütsfeld, Jungfernstieg 5.
- „ Mariendorf, vorm. 10 Uhr, bei Streiter, Chausseestraße 27.
- „ König-Wusterhausen, vorm. 10 Uhr, Neues Schützenhaus.
- „ Klersdorf, vorm. 10 Uhr, bei Kauf, Widmerstr. 45.
- „ Reinickendorf, nachm. 3 Uhr, „Schwarzer Adler“, Chausseestraße.
- „ Beeskow, vorm. 11 Uhr, bei Emil Menert, Konditorei und Café.

Sollte eine Fortsetzung der Konferenzen notwendig sein, bitten wir, Vereinbarung mit den Referenten zu treffen und dabei zu berücksichtigen, daß am Sonntag, den 30., die Kreis-Generalversammlung in Laug stattfindet.

Den Leiter der Konferenz hat die Organisation des Tagungsortes zu stellen.

Reinickendorf. Eine Frühlingfeier findet Sonntag, abends 6 Uhr, in der Aula Boddinstraße 34/35, statt. Mitwirkende: Fr. Susanne Friedberg (Klavier), Fr. Paula Box (Sopran), Fr. W. Bömer (Sopran), Fr. Lina Ma (Klavier) (Vier zur Laute), Herr Adolf Dommit (Regulation), Herr Emil Dittmer (Hornsprache). Einladungen a 75 Pfennig sind bei sämtlichen Funktionen, in den Vorwärtsausgaben, beim „Reuter“, 3 und 10, Biedrichstraße 28/29 und im Jugendheim, Lindenstraße 114, a. I. L.

Niederländische. Sonntag vormittags 9 1/2 Uhr den den Bezirksstellen aus „Vorwärts“-Agitation. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Mariendorf. Heute Sonnabend, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung in der Aula, Ruckwiesstr. 58/59. Tagesordnung: „Reinigung der Arbeiterbewegung.“ Wohlwolliges Erscheinen wird ermahnt.

Spandau. Eine Frühlingfeier unter Mitwirkung aller künstlerischen Kräfte findet am Sonnabend, den 22. März 1919, abends 7 Uhr, im Restaurant Emswiesgarten (Holländische der Orkahn), Lindenstraße, statt. Mitwirkende: Berliner Tertiär, Fr. W. Müller (Sopran), Fr. Ade Kull (Sopran), Fr. Elisabeth Böhm (Alt), Fr. Marie Schlimmann (Regulation), Herr Rob. Hahn (Hornsprache). Nach dem: Gemütsliches Beisammensein. Einladungen zum Preise von 1 Pf. sind am Saaleingang zu haben.

Ein Kunstabend in acht Abenden über Das Programm der deutschen Sozialdemokratie, veranstaltet die Bezirksorganisation Groß-Berlin in der Aula Boddinstraße 34 (Rade Boddamer Straße). Vortragender Redakteur Wermuth vom „Vorwärts“. Beginn Dienstag, den 1. April, abends 7 Uhr. Überkarten zu 2 Mark bei Herrn Engelshaus 15, sowie in nachfolgenden Vorwärtsausgaben: Böhm, Langher Weg, Leipzig, Wilhelmshöher Str. 48, Däumling, Biedrichstraße 174, Däumling, Biedrichstraße 34, Markt, Breitenhauser Straße 20, sowie im Jugendheim, Lindenstraße 114, a. I. L. und Buchhandlung Bockwies, Lindenstraße 3, III. Hof, 2 Tr. 1. Mitglieder des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin erhalten die Karten zum Preis von 1 Mark.

Jugendveranstaltungen.

Jugendheim SW Lindenstraße 3, 2. Hof Unte, III, 7 Uhr abends: Ehrerbildung mit Regeneration. Die Eltern werden hierzu herzlich eingeladen. Zur Ordnung der Unruhen werden 10 Pf. erhoben.

Wahlkreis. Sonntag vormittags 10 Uhr: Preis des Reichstages. Treffpunkt 9 1/2 Uhr Antonplatz.

Schöneberg. Sonntag nachmittags im Jugendheim Bismarckstr. 46, Hauptstraße: Spiel im Freien. Besonders die jugendliche Jugend ist dazu eingeladen. Das Jugendheim ist Dienstag und Freitag von 7 bis 10 Uhr geöffnet.

Gegen Deutschlands Zerstückelung!

Große Volkskundgebung am 23. März 1919, vorm. 11 Uhr, im Birkus Bulch

Hedner: v. Rihthofen, Geh.-Rat Nieber, Dr. Pfeiffer, Prof. I. Hartmann, Eduard Bernheim, Friedrich Kayhler.

Briefe zum Generalstreik.

Richard Müller — Scheidemann.

Richard Müller hat an den Genossen Scheidemann einen Brief geschrieben, in dem in bezug auf die Vorgänge des Generalstreiks an die Zeit vom 28. Januar bis zum 3. Februar 1918 erinnert wird. Müller stellt fest, daß damals mit ihm gemeinsam Scheidemann, Ebert und andere bekannte Politiker den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen versuchten. Er erinnert daran, daß die damaligen Nachhaber den Forderungen der Arbeiterschaft kein Verständnis entgegenbrachten und die genannten Politiker mit einjähriger Gefängnisstrafe bedrohten, wenn sie ihre Tätigkeit fortzusetzen versuchten. „In dunklen Räumen versammelten wir uns, um das Erforderliche zu beraten.“ So berichtet Herr Müller der Wahrheit gemäß und appelliert dann dem Reichsministerpräsidenten an den Reichstagsabgeordneten Scheidemann und dessen Urteil über Herrn v. Kessel und den von diesem verhängten Belagerungszustand. In solchem Zusammenhang zitiert Herr Müller aus der Rede Scheidemanns vom 27. Februar 1918:

„Wollen Sie den Haß nicht unheilbar machen, dann sorgen Sie dafür, daß diese Saat des Hasses entfernt wird, bevor sie aufgeht. . . Zeigen Sie den Arbeitern, daß Sie nicht darauf ausgehen, sie mit der Peitsche zu behandeln.“

Noch eine andere Stelle jener Rede Scheidemanns wiederholt Herr Müller in seinem Briefe:

„Meine Herren, ich stelle fest: es gibt Engländer und Franzosen, die auf Deutsche nur schießen, weil sie müssen. Es gibt aber auf der anderen Seite Deutsche, die sich vor Vergewaltigungen bei dem Gedanken, daß von Deutschen auf Deutsche geschossen wird. Solche Leute mögen sich selber für die Fierde der Nation halten; wir betrachten sie als den Ausruf des deutschen Volkes.“

Im Anschluß an diese Worte glaubt Herr Müller feststellen zu müssen:

„Kaum ist ein Jahr vergangen. Sie, Herr Scheidemann, sind heute Reichsfänger, und unter Ihrer Herrschaft schießen Deutsche auf Deutsche.“

Auf diesen Brief des Herrn Richard Müller hat der Reichsministerpräsident wie folgt geantwortet:

„Ihr Brief und die darin enthaltene Schilderung meines Verhaltens beim Januarstreik 1918 ist meine beste Rechtfertigung. Ich habe mich in keinem Widerspruch mit meinen damaligen Taten und Worten gesetzt. Die Herren Hertling und Balfour lehnten jede Verhandlung mit den Streikenden ab. Ich und meine Freunde in der Regierung haben selbstverständlich immer, und zuletzt vor acht Tagen, mit den streikenden Arbeitern verhandelt und durch diese Verhandlungen die Generalstreiks im ganzen Land beendet. Wie damals bin ich auch jetzt der Ansicht, daß man eine tiefgehende Volksbewegung nicht mit Gewalt unterdrücken könne, sondern den berechtigten Wünschen der Masse Rechnung tragen müsse. Das habe ich aufs Nachdrücklichste in meiner letzten Rede der Nationalversammlung aus Herz gelegt. Beweis für diese Auffassung ist unsere rückhaltlose Anerkennung der Betriebsräte, unsere Ankündigung eines einheitlichen Arbeiterrechts, und vor allem die heute von der Nationalversammlung zu verabschiedenden Sozialisierungs- und Kohlenhandels-Gesetze.“

Der Reichsministerpräsident stellt dann fest, daß beim Ausbruch des Berliner Generalstreiks ebensowenig wie beim Streikausbruch im Ruhrrevier Militär zur Stelle war, und daß erst, als die Berliner Straßen geplündert, als Diebesgut öffentlich feilgehalten wurde und die Volksmarineteilung sich als kriegsführende Macht erklärt hatte, die preussische Regierung den Belagerungszustand erklärt und der Oberbefehlshaber in den Marken schließlich das Standrecht verhängt habe.

Wohl gemerkt, nicht gegen die streikenden Arbeiter — der Streik war ja größtenteils schon beendet — sondern gegen den Janhagel, der die Revolution zu einer Plünderungs- und Raubgelegenheit degradiert hat. Mit dieser erniedrigenden Gegnerschaft hatte allerdings das alte Regime nicht zu rechnen, als wir in der Streikleitung jeden und jeden Terror als politisches Kampfmittel ablehnten. Erst der Regierung, die zur Hälfte aus Sozialdemokraten besteht, ist es vorbehalten gewesen, mit solchen Elementen und ihrem Verbrechertum kämpfen zu müssen. Unter welcher Führung und Fahne diese die politische Arena betreten haben, ist eine Frage, die die unabhängigen Sozialdemokraten und ihre „revolutionären Obleute“ ernsthaft prüfen sollten.

Die Wahlen zum Rätekongress.

Wahltag für Groß-Berlin 30. März.

Berlin, 21. März. Der Zentralrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, auch die Wahlen zu den Arbeiterräten, die Sonntag, den 30. März d. J., vorgenommen werden, für gültig zu erklären.

Die zum Rätekongress gewählten Delegierten müssen ihre Adresse unter Beifügung ihrer Parteizugehörigkeit der Kongresskommission des Zentralrates alsbald mitteilen.

Die im ersten Abjah niedergelegte Anordnung trifft für Groß-Berlin zu, wo am 30. März die Arbeiterwahlen stattfinden sollen.

Um den Reichsrat.

Verfassungskommission in Weimar.

Weimar, 21. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gegen Schluß der heutigen Vormittagssitzung der Verfassungskommission erklärte der konservative Abgeordnete Deißner, daß er seinen Antrag empfahl, daß die Konservativen den Reichsrat gern zu einem

Oberhaus

umgestaltet wollen. Sie wollen in den Reichsrat nicht allein Vertreter der Provinzen, sondern auch der Berufsstände (Abhol) schiden. Gegen diesen Plan eines Oberhauses wendet sich der sozialdemokratische Abgeordnete Quara, indem er erklärt, daß genau wie der Reichsminister Preuß, auch die Sozialdemokraten ein Oberhaus entschieden ablehnen. Wir Sozialdemokraten halten an der ausschließlichen gesetzgebenden Gewalt des Reichstages fest. Deshalb muß aber auch der Reichsrat im Grundsatz ein Reichsgesetz sein zur Unterstützung der Reichsregierung in allen einschlägigen Verwaltungsfragen und nur nebenbei zur Mitwirkung bei dem damit zusammenhängenden Gesetzgebungsfragen. In letzterer Hinsicht geht von der Entwurf beinahe schon zu weit. Einschlägige Landesfragen gehören nicht in den Reichsrat hinein. Die Besprechung behalten wir uns jedoch bei der Einzelberatung der folgenden Artikel vor.

Auf eine nationalliberale Angabe hin erklärt Abgeordneter (Soz.), weshalb die Sozialdemokratie das Räte-system

als politische Vertretung ablehnt. Die Räte dürften in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten als mitentscheidendes Organ vorgehen werden, aber nicht als gesetzgebendes Organ. Hierüber steht ja eine Vorlage der Reichsregierung in Aussicht. Die unabhängigen wollen das Räte-system nicht haben, sondern an Stelle des Parlaments, das machen wir Sozialdemokraten nicht mit, da wir Demokraten sind. Wir lehnen diesen Gedanken auch für eine Übergangszeit zwischen dem Klassenstaat und dem sozialistischen Staat ab, da wir auch für diese Übergangszeit auf die Demokratie nicht verzichten wollen.

Durch die Erklärung des Reichsministers Preuß gegen den konservativ-nationalliberalen Antrag wurden die Vertreter des Zentrum und der Demokraten, die sich vorher sympathisch zu dem Antrag geäußert hatten, stutzig. Sie lehnten jetzt den konservativ-nationalliberalen Antrag ab, so daß dieser mit allen gegen die konservativ-nationalliberalen Stimmen fiel.

Der Artikel 18 der Vorlage wurde angenommen. Er hat folgenden Wortlaut:

„Zur Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs wird ein Reichsrat gebildet.“

Die nächste Sitzung des Verfassungsausschusses ist Montag, nachmittags 8 Uhr.

Arbeitermangel beim Mittellandkanal.

Wie den „Vol. Inf.“ mitgeteilt wird, haben die Arbeiter am Mittellandkanal, und zwar auf der Strecke von Hannover bis Peine und am Zweigkanal bis Hildesheim jetzt begonnen. Es sind zunächst nur je einige Hundert Arbeiter an den Arbeitsstätten vorhanden, während bis zu je 3000 Köpfe etwa nötig wären. Ferner hat man mit dem Umbau des Jhle- und Plauer Kanals sowie des Ober-Preue-Kanals angefangen. Diese Wasserstraßen sollen den Durchschlitt für 800-t-Schiffe (später 1000 t) erhalten, damit der Schiffsverkehr von Oberschlesien aus sich glatt vollziehen kann. Die Bauverwaltung sucht in ausgedehntem Maße Arbeitsgelegenheit zu beschaffen und wendet dazu im Laufe der nächsten Jahre 600 Millionen M. auf. Da infolge der Kriegsverhältnisse eine ausreichende Vorbereitung der Bauten und eine Durchbearbeitung der Entwürfe nicht hat stattfinden können, werden daher hauptsächlich kurzzeit Arbeiten ausgeführt, die die Unterhaltung der Kanäle und Ströme bezwecken. Dies hat den Vorteil, daß zunächst sämtliche vor dem Kriege beschäftigt gewesenen Arbeiter zur Einstellung gelangen konnten. Diese konnten ungefähr je 2 bis 3 Arbeitsgenossen mitbringen die in den zerstreuten Ortschaften Wohnung und Verpflegung finden. Im ganzen Arbeitsbereich sind jetzt ca. 10000 Arbeiter beschäftigt, während im ganzen etwa das Zehnfache, also 100000 gebraucht werden können, von denen je die Hälfte an den Baustellen und in den Hilfsbetrieben beschäftigt werden könnten.

Wer hindert die Ausbreitung des

Luftverkehrs.

Eine Entgegnung.

Der Unterstaatssekretär des Reichsluftamts, August Euler, schreibt uns:

Der Fliegerhauptmann Berthold unterstellt mir in zwei Artikeln des „Vorwärts“ vom 15. März (Abendausgabe) und 21. März (Morgenausgabe) gleichmäßig, daß ich Industrie-Interessen hätte und mit meinem Amt dafür einträte, daß der Luftverkehr G. m. b. H. keine anderweitige Konkurrenz gemacht werden dürfe, des ferneren, daß ich in kurzer Zeit selbst eine eigene Fabrik zu einem Konzern für den süddeutschen Luftverkehr umwandeln würde.

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich an keinem Luftverkehrs-Unternehmen, an keiner Fluggesellschaft, und an keinem irgendwie anders gearteten Industrieunternehmen auch nur mit einer Note mittelbar oder unmittelbar beteiligt oder interessiert bin; meine frühere eigene Fabrik ist vor Antritt meines Amtes vollständig aufgelöst. Das Reichsluftamt hat das größte Interesse daran, zur Förderung der deutschen Luftfahrt der Luftverkehr G. m. b. H. durch die Zulassung anderer Luftfahrt-Unternehmen Konkurrenz zu machen; es sind auch tatsächlich bereits die Firmen: Luftfahrgezeugbau Schütte-Lanz, Solatinig Fluggesellschaft G. m. b. H., Rumpfer-Werke, Junkers-Hoffler-Werke und Hannoversche Waggonfabrik neben der Luftverkehr G. m. b. H. amtlich zum deutschen Luftverkehr zugelassen. Ferner haben hierzuland weitere Luftverkehrsunternehmen die Zulassung zum Luftverkehr beantragt; sobald die vom Reichsluftamt gestellten Bedingungen erfüllt sind, werden auch sie voraussichtlich in kurzer Zeit zugelassen werden.

Im übrigen ist das Reichsluftamt für die Bewertung des Luftfahrzeuges der Armee nicht zuständig, sondern das Reichs-Verwertungsamt, ebenso ist es weder für die Demobilisierung der Fliegerkorps noch für den militärischen Luftverkehr zuständig, sondern das Kriegsministerium.

Das Reichsluftamt dient ausschließlich den Interessen der Entwicklung eines zivilen nationalen und internationalen Luftverkehrs. Die Verstaatlichung der Luftfahrt ist bisher von der Reichsregierung nicht beabsichtigt und ist ferner wohl auch, wie die Verhältnisse liegen, eine Unmöglichkeit in Anbetracht der derzeitigen Finanzlage; hierfür wäre eventuell der Reichsfinanzminister zuständig. Ganz besonders aber ist in Rücksicht auf die international vorliegende politische Situation an eine Verstaatlichung kaum zu denken. Wenn die Regierung bzw. die Volksovertretung jedoch die Verstaatlichung des Luftverkehrs später anordnen sollten, so wäre auch diese nicht Sache des Reichsluftamts, sondern der zuständigen Zivilbehörde.

Mit dem gleichen Recht, mit welchem Herr Hauptmann Berthold die Weiterbeschäftigung der Militär-Fliegertruppe verlangt, könnten die Angehörigen sämtlicher Truppenteile und die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter die Weiterbeschäftigung auf Kosten des Staates verlangen.

Ich habe auf die bisherigen Angriffe des sehr verdienten, hart feindschäftigen Fliegeroffiziers in Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand nicht geantwortet. Dies scheint ihn ermutigt zu haben, Behauptungen gegen mich persönlich aufzustellen, die jeglicher Begründung entbehren.

Terror gegen den „Vorwärts“.

Der Vorgesmack der Räterepublik.

In einer gestern abend stattgefundenen Vertrauensmänner-Zusammenkunft schilderte ein Genosse das Treiben der „revolutionären“ Männer in der Nähe der Schwarzlopfwerke. Diese Freiheitshungrigen, die den Mund nicht voll genug nehmen können von der Sicherung der Freiheit, die das deutsche Volk durch die Revolution erhalten hat, haben sich entschlossen, alles zu terrorisieren, was nicht ihrer Meinung entspricht. Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlagst du den Schädel ein! Dieses Wort wird praktisch angewendet.

Die Zeitungsverkäufer des „Vorwärts“ vor dem Schwarzlopfwerk (auch die der bürgerlichen Blätter) werden lässlich — und nicht in garigen Formen — bedrohlich Gehuldet werden nur die Verkäufer der „Freiheit“ und der „Republik“. Uebrigens soll es vor einigen Arbeitern genau so gehen.

So werden jetzt schon praktisch die Methoden der Räterepublik in Rußland angewendet, wo brutal jede andere Meinung niedergedrückt wird.

Am 9. November hat das ganze deutsche Volk die Herstellung der vollen Meinungsfreiheit als eine der höchsten Errungenschaften begrüßt. Heute sind diese angeblichen Revolutionäre für die Räterepublik gekrönter Despoten aus vormärzlicher Zeit. Hier sind die wahren Konterrevolutionäre.

Sie zielen auf die brutale Vertretung der Freiheitswerte der Revolution hin. Sie wollen die Republik sabotieren und die Destatur des brutalen Stumpfhirns und der nackten Faust aufrichten. Dagegen gilt es, mit allen Mitteln Front zu machen. Die Freiheit der Straße und die persönliche Unantastbarkeit müssen geschützt werden.

Uebrigens beglückwünschen wir die „Freiheit“ zu ihren Erfolgsergebnissen, die sich in dieser Haltung ihrer Anhänger ausdrücken.

Das Geld der Fürsten und Lederhändler.

In der preussischen Landesversammlung haben die Unabhängigen gefordert, das ganze Vermögen der Hohenzollern einzuziehen, nicht nur die Krongüter, sondern auch den Privatbesitz. Der Antrag, den die Unabhängigen selbst als Ausnahme-gesetz bezeichneten, war um so komischer, als der unabhängige Redner selbst, Dr. Rosenfeld, seinerzeit als Justizminister einen Ausschuß einberufen hat, der prüft, welche Güter den Hohenzollern als Kronenträgern und welche ihnen privat gehören.

Natürlich gab dieser Demonstrations- und Agitationsakt den bürgerlichen Parteien Gelegenheit zu billigen Triumpfen. So wurde stürmisch eine Bemerkung des Demokraten Dr. Friedberg belacht, daß man ebenso gut das aus dem Lederhandel herührende Vermögen beschlagnahmen könnte, wie das Privatvermögen der Hohenzollern. Die Bemerkung traf den Dr. Kurt Rosenfeld, den Vorsitz der Unabhängigen, dessen jüngst verstorbenen Schwiegervater ein viele Millionen schwerer Lederhändler gewesen ist. Der glückliche Erbe redet seitdem mit doppeltem Pathos im Namen „des preussischen Proletariats“.

Die Geldforderungen Wilhelms II.

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß Wilhelm II. an die deutsche Regierung mit Geldforderungen herangeht. Es hieß, daß er einen Anspruch auf 75 Millionen geltend gemacht, von der deutschen Reichsregierung jedoch nur 60000 M. erhalten habe. Diese Meldung ist falsch. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Wilhelm II. das Recht an seinem Privatvermögen zulebt. Es ist ihm deshalb im Dezember der Betrag von einer Million Gulden zur Erwerbung eines eigenen Besitztums in Holland überwiesen worden. Zur Regelung der sonstigen Ansprüche ist eine Kommission eingesetzt, die bereits arbeitet. Die seinerzeit ausgesprochene Beschlagnahme des Vermögens hatte den alleinigen Zweck, dieses Vermögen zu sichern.

Es ist jedenfalls anzunehmen, daß Forderungen getroffen sind, um die Hohenzollern in dem gleichen Maße zur allgemeinen Vermögensabgabe heranzuziehen wie die anderen wohlhabenden Leute.

Dorenbach unter Anklage des Raubes.

Braunschweig, 21. März. Vor dem Schwurgericht in Braunschweig begann am heutigen Freitag die Verhandlung gegen den ehemaligen Leutnant im Infanterieregiment 86 Dorenbach, der bei den spartakistischen Unruhen in Berlin auf Seiten der Aufständischen kämpfte und nach deren Niederwerfung unter dem Namen Raab nach Braunschweig flüchtete. Hier nahm er am politischen Leben regen Anteil und spielte bald eine große Rolle innerhalb der unabhängigen Arbeiterschaft. Am 28. Februar dieses Jahres wurde der Gutbesitzer G. Quide nachträglich von bewaffneten Soldaten in seiner Wohnung überfallen und beraubt. Dorenbach soll hierbei nicht unbeteiligt gewesen sein. Die Verhandlung wurde nach Abschluß der Beweisaufnahme auf Sonnabend, den 30. März, vertagt.

Internationales Arbeiterrecht. Nach Pariser amtlicher Meldung hat der Ausschuss für internationales Arbeiterrecht den Entwurf des englischen Vertreter über Einsetzung einer dauernden internationalen Vertretung und zur Vorlage an die Konferenz endgültig festgestellt.

Industrie und Handel.

Die Lage der Eisenindustrie.

Essen, 21. März. In der heutigen Hauptversammlung des Kohlenverbandes wurde über die Marktlage berichtet: Die Nachfrage nach Kohlen, namentlich nach Gießer- und Eisenkohlen, bleibt stark. Der Versand im Monat Februar weist gegenüber dem vorigen Monat eine Besserung auf, die aber nicht auf eine Erhöhung der Erzeugung, sondern auf eine Verringerung zurückzuführen ist. Nichtabgeschwemmter Kohlen ist aber infolge der in der im Januar infolge Verkehrsschwierigkeiten angesammelten Vorräte zurückzuführen. Richtbestimmender ist aber infolge der in einigen Gebieten noch immer bestehenden Gütersperre eine rechtzeitige ausreichende Belieferung der Abnehmer nicht möglich. Die Kohlenenerzeugung leidet weiterhin unter den schon wiederholt hervorgehobenen Schwierigkeiten. Infolge Ausbleibens der Winnetonkerzeugung besteht ein erheblicher Mangel an phosphorhaltigem Gießer- und Eisenkohlen. Die Entscheidung über die Preisfrage kann erst in der nächsten Woche erfolgen. — Nach diesem Bericht und nach der Erhöhung der Kohlenpreise können wenig Zweifel mehr bestehen, daß eine Erhöhung der Eisenpreise in nächster Zeit beabsichtigt ist. Bei der Preispolitik, die bisher von den Verbänden getrieben wurde, droht sich die Entwicklung zu einer großen Gefahr für unsere gesamte weiterverarbeitende Industrie auszuwickeln. Es wäre wirklich nicht zu viel verlangt, wenn die Schwerindustrie hier sich einige Mäßigung auferlegte. Sie wäre um so begründeter, als gerade die Schwerindustrie durch die hohen Gewinne den ganzen Krieg über ein Schuldkonto gegen das Volksgeld auf sich geladen hat, über das vielleicht noch zu reden sein wird.

Besondere Besserung der Kohlenförderung in Oberschlesien.

Rattowitz, 21. März. (Telunion.) Die Lage des ober-schlesischen Kohlenmarktes hat sich seit Beendigung des Bergarbeiterstreiks wesentlich gebessert. Die Förderung hat sich auf der Höhe der Förderung vor dem Ausbruch. Sie kommt auch voll zur Verlobung, weil die Wagenstellung seitens der Eisenbahn gegenwärtig ausreichend ist und der Kohlenbestand auch bei dem günstigen Wasserstand der Oder voll ausgenutzt werden kann. Die Kohlenvorräte der Gruben sind während der letzten Wochen nicht weiter gestiegen. Die Lieferung nach Oesterreich ist noch mit Schwierigkeiten verbunden, nach der Bodländer wird der Bedarf demnächst wieder aufgenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Lohn- und Förderausfall infolge des Streiks.

Am 13. März wurde berichtet, daß die Bergarbeiterstreiks im rheinisch-westfälischen Industriegebiet überall beigelegt und die Bergarbeiter wieder vollständig angefahren seien. Die wilde Streikbewegung hat seit Ausbruch der Revolution von Monat zu Monat zugenommen. Welcher Schaden allein den Bergarbeitern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet dadurch entstanden ist, ergibt sich aus folgender von der „Bergarbeiter-Zeitung“ jenseits veröffentlichten Zusammenstellung:

	Streikschichten	geschätzter Lohnausfall
November	107 581	1 230 000 M.
Dezember	327 546	3 930 000 "
Januar	326 545	4 900 000 "
Februar	227 213	12 980 000 "
Zusammen	1 712 835	23 040 000 M.

Bei der Berechnung des Lohnausfalls ist für November der amtlich ermittelte Durchschnittslohn von 11,40 M. pro Schicht zugrunde gelegt. Für Dezember ist ein Durchschnittslohn von 12 M., für Januar und Februar von 14 M. pro Schicht angenommen, da genauere Zahlen noch nicht vorliegen. Vergleichsweise sei darauf hingewiesen, daß der allgemeine Bergarbeiterausfall im Jahre 1905 den Bergarbeitern bei allerdings wesentlich niedrigeren Löhnen einen Lohnausfall von nur rund 19 000 000 M. und der Streik im Jahre 1912, an dem der christliche Gewerksverein nicht beteiligt war, einen Lohnverlust von 7 800 000 M. gebracht hat.

Der den Bergarbeitern entstandene Lohnausfall ist natürlich nur ein kleiner Teil des durch die größtenteils gewalttätig erzwungenen Arbeitsniederlegungen erwachsenen Schadens. Ungezählte Millionen sind unserem Volksvermögen durch den Ausfall in der Kohlenförderung, die dadurch hervorgerufene Stilllegung industrieller Betriebe und durch die Zerstörungen an den Werksanlagen verloren gegangen. Der Förderausfall hat im November schätzungsweise 76 000 Tonnen, im Dezember 226 000 Tonnen, im Januar 223 000 Tonnen, im Februar 558 000 Tonnen, insgesamt 1 088 000 Tonnen betragen. Auch die zunehmenden Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets sind ohne Zweifel zum größten Teil eine Folge der Streikbewegung. Abgesehen davon, daß die Menge der uns vom neutralen Ausland gelieferten Lebensmittel von der Höhe der Kohlenausfuhr aus Deutschland abhängig ist, hat auch die Anfuhr der Lebensmittel aus den ländlichen Gebieten des Inlands infolge Kohlenmangels auf den Kleinbahnen eingeschränkt werden müssen.

Lohnbewegung in der Rheinschiffahrt.

Nachdem seitens des Arbeitgeberverbandes der Rheintreedereien Duisburg-Ruhrort, Sigi Duisburg, und des Arbeitgeberverbandes für das Hafengebiet Mannheim-Ludwigsafen das mit den Arbeitnehmerverbänden — der Mitgliedschaft Vinnenschiffer und früher des Rheins und seiner Nebenflüsse im Deutschen Transportarbeiter-

band für das Ledpersonal und der Zentralverband der Rasthinfisten und Heizer, Mitgliedschaft Rheinschiffahrt, für das Rasthinfisten- und Kesselpersonal — getroffene Abkommen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Personals der Fahrzeuge zum 31. März gefündigt worden ist, haben die Arbeitnehmerorganisationen im Auftrage ihrer Mitglieder den Arbeitgebern weitergehende Forderungen überreicht.

Es wird gefordert: Im Hafen eine regelmäßige Arbeitszeit von 8 Stunden in der Zeit von morgens 7 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, unterbrochen durch eine halbtägige Frühstück- oder Vesperpause und eine 1½stündige Mittagspause, Bezahlung jeglicher im Interesse der Betriebsverhältnisse notwendig werdenden Arbeit über diese Zeit hinaus als Überarbeit. Ferner die Gewährung einer absoluten Nachruhe von 12 Stunden während der Fahrt, Freigabe zweier Sonntage im Monat und weiter, daß nach 3 Uhr am Samstag keine neue Reise mehr angetreten werden darf.

An Wochenlöhnen wird gefordert: für Schiffsführer (Kapitane) 115 M., für Schiffsführer (Kranichiffe) 110 M., für Schiffsführer (übrige Fahrzeuge) 100 M., für Dampfersteuerleute 100 M., für Rastrosen (Kranichiffe) 85 M., für Schiffsjungen 40 M. bzw. 45 M. bzw. 55 M., für Rasthinfisten 115 M., für Unterhelfer 100 M., für Heizer 90 M.

Mit Rücksicht auf die unabweisbare Bedeutung der Vinnenschiffahrt auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen für die Volkswirtschaft ist eine Einigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation dringend notwendig. Ein Stilllegen der Schiffahrt würde für unser Wirtschaftsleben von verhängnisvoller Wirkung sein.

Lohnaufbesserung für Reinemachefrauen.

In einer am Donnerstag vom Zentralverband der Hausangehörten veranstalteten Versammlung der Reinemachefrauen wurde mitgeteilt, daß Reichsminister Bauer für die ihm unterstehenden Behörden die Lohnforderungen bewilligt hat, welche die Verbände der Gemeindefreier, der Transportarbeiter und der Hausangestellten für die bei den betreffenden Behörden beschäftigten Arbeiterkräfte eingereicht hatten. Danach erhalten Reinemachefrauen einen Stundenlohn von 1,10 M. Damit ist, wie mit Genugtuung konstatiert wurde, ihre Lohnforderung erfüllt und ein Erfolg erreicht der dem Vorgehen der Organisation zu danken ist. Den in Privatbetrieben oft noch unter sehr ungünstigen Verhältnissen beschäftigten Reinemachefrauen wurde nahegelegt, ebenfalls für eine entsprechende Lohnaufbesserung einzutreten, wobei sie am Verband der Hausangestellten einen starken Rückhalt finden.

Lohnbewegung in der photographischen Kunstdruckindustrie.

Die in den Betrieben dieser Industrie beschäftigten Mitglieder des Vöndbinderverbandes hatten Anfang dieses Jahres Forderungen gestellt, die in der Hauptsache dahin gingen, daß den männlichen Arbeitern Mindestwochenlöhne von 90 M., den Spezialarbeitern 100 M., den Arbeiterinnen 40—50 M. gewährt werden sollten. Nach wiederholten Verhandlungen mit der Vertretung des Vöndbinderverbandes haben sich die Unternehmer zu folgenden Bewilligungen bereit erklärt, die vom 10. Februar ab bezahlt werden und bis 31. August gelten sollen: Arbeiterinnen mit einem Wochenlohn bis 25 M. erhalten 5 M. Zulage, über 25 bis 34 M. eine Zulage von 3,50 M., jedoch mindestens 30 M. Wochenlohn; über 34 M. eine Zulage von 2,50 M., jedoch nicht unter 37,50 M. Wochenlohn. Männliche Arbeiterkräfte mit einem Wochenlohn bis

50 M. erhalten eine Zulage von 8 M.; über 50 bis 65 M. eine Zulage von 6 M., jedoch nicht unter 58 M. Wochenlohn; über 65 M. eine Zulage von 4 M., jedoch nicht unter 71 M. Wochenlohn. Den jugendlichen Arbeitern soll die Hälfte der vorstehenden Sätze gemährt werden.

Diese Ergebnisse der Verhandlung wurden am Donnerstag einer Versammlung der Arbeiter mitgeteilt. Da die Angelegenheiten gar zu weit hinter den Forderungen zurückblieben und die gegenwärtigen Löhne im Hinblick auf die Zeitverhältnisse ungewöhnlich niedrig sind, konnte die Verhandlung die Annahme der Zugeständnisse nicht empfehlen.

Die Versammlung sprach ihre Enttäuschung über das zu geringe Entgegenkommen der Unternehmer aus und beauftragte die Organisationsleitung, noch mal mit den Arbeitgebern wegen Verdoppelung der bewilligten Zulagen in Verhandlung zu treten und, falls die Unternehmer das ablehnen sollten, die Streitfrage dem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Bezirk Oberhessen. Montag, den 31. März, abends 6 Uhr in der Aula der Hindenburgschule: Versammlung.

Soziales.

Erfah des Tumultschadens.

Die Spalten der Hochzeitschriften und auch der Tageszeitungen sind gefüllt mit der Erörterung der Frage, ob und gegen wen diejenigen, die Körperlichen oder Sachschaden aus Anlaß der Unruhen erlitten haben, einen Anspruch auf Schadenersatz haben. Die Gemeinden wehren sich dagegen, daß ihnen auf Grund des Tumultgesetzes vom 11. März 1880 die Ersatzpflicht aufgebürdet wird, namentlich tut dies die Stadt Berlin. Bei dieser sind nun Tausende von Fällen angemeldet und solche Anmeldungen laufen noch fortgesetzt ein. Daraus entspringen Tausende von Prozessen, deren Ausgang gerade im Hinblick auf die Zuständigkeitsfrage zweifelhaft ist. Unterliegen im Prozeß die Geschädigten, so haben sie zu dem Schaden noch die erheblichen Prozeßkosten, unterliegt die Gemeinde, so sind die Steuerzahler die Leidtragenden; die Advokaten sind die lachenden Dritten. Hier wäre der sofortige Erlass eines Notgesetzes angebracht, und zwar eines Reichsnotgesetzes, das die Frage für das ganze Reich einheitlich regelt. Am schlimmsten sind die rechtsunfähigen Arbeiter und Kleingewerbetreibenden betroffen, welche die kurzen Ausschlußfristen des Tumultgesetzes, die in der Donnerstagsnummer des „Vorwärts“, 2. Beilage, behauptet sind, nicht innegehalten haben, meistens deswegen, weil sie die Kosten eines Anwalts nicht bestreiten können. Das angeregte Notgesetz müßte auch hier Wandel schaffen. Die Gerechtigkeit erfordert, daß für das Reich die Ersatzpflicht festgelegt wird.

Verantwortlich für Vollst. Kreis Adler, Charlottenburg, für den Uebrig Teil des Blattes: Alfred Grotz, Berlin, für Anzeigen: Theodor Klose, Berlin. Verlag: „Vorwärts“ Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Borntrich-Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung Carl Winter u. Co. in Berlin, Unter den Eichen 3. Seite 1. Beilage.



**Uhren, Gold- u. Silber-
:waren, Brillanten :.**

Reichhaltiges Lager in allen Preislagen bei
Max Busse

Berlin N 54, Brunnenstr. 175-177
an der Invalidenstrasse.

Größtes und fachmännisch geleitetes Spezialgeschäft.

Neu eingeführt:

Wanduhren, Standuhren, Wecker.

3., 4., 5. April	Ziehung	10. April
Genesungshelm-Lotterie		Säuglingshalm-Lotterie
Genehmigt für Preußen Hauptgewinn		
100 000 Mark		50 000 Mark
50 000 Mark		30 000 Mark
20 000 Mark		20 000 Mark
10 000 Mark		10 000 Mark
Lose zu Mk. 3,30		
Postgebühr und Liste 35 Pf. Nach ohne 20 Pf. mehr. — Lose überall erhältlich.		
Verband Preuß. Lotterie-Einnehmer, Berlin C. 2, Burgstr. 27		

Max Prenzlaue

Berlin N, Reinickendorfer Str. 117

ist für **Möbel** anerkannt
im Norden
die Haupt-Bezugsquelle

Spezialität:
Besseres Mittelgenre
für
kleinere Wohnungen

Auf Wunsch
Ratenzahlung

In Berliner Schifferreisen

bekannt und mit Schiffsoverhältnissen gut vertraut
Persönlichkeit gesucht. Ausführliche Angebote unter E. 16
an die Expedition dieses Blattes. 15627

Einmalig, ausnahmsgeboll So lange Vorra:
Prévost's weltberühmte Sittenromane

Brautnacht . . . statt 4,40 nur 3,—
Die junge Frau . . . 4,40 " 3,—
Französin . . . 5,50 " 4,—
Julchens Heirat . . . 4,40 " 3,—
Späte Liebe . . . 2,20 " 1,50
Pariserinnen . . . 7,15 " 5,—
Pariser Ehe . . . 2,20 " 1,50

Bestellungen umgehend erbeten an
Dr. Pothhof & Co., Hochinteress.
Berlin-Wilm. 19. Kataloge gratis!

Gasthof.

Am Bahnhofsplatz ist ein modern eingerichtetes Hotel-
Restaurant altes Gebäude zu verkaufen. Rentabilität
wird nachgewiesen. Offerten mit Angabe der Anzahlungsmö-
glichkeit werden unter P. 16 an die Expedition dieses Blattes
bis 15. April 1913.

Otto Schmeling übernimmt
Umzüge in der Stadt
und
nach all. Richtungen

Hagenheide 61/62. 15417*

Zigaretten aus Ersatz-Tabaken

alle größeren Sorten. Erbitte Angebote unter C. 16 an die
Expedition dieses Blattes. 15627*

Haut-, Blasen-, Syphilis
Frauenleiden Behandlung nach d. neuest.
in Quecksilber- u. Einverleib. wissenschaftlich. Methoden.
Blut-, Urinuntersuchungen ohne Berufsbeschränkung.
Ausk. Brosch. No. 8 disk. versch. M. 1,20 (Nachtig.)
Spezialarzt Dr. med. Hollander,
BERLIN W 8, Leipziger Str. 108. Fernsp. Zentr. 9371.
HAMBURG, Colonnaden 26.
Täglich 11—1, 5—7 Sonntags 11—1. 1511*

Haus ohne Läden

Im Bayerischen Viertel mit
Wohnungen von 4, 5 und
2 Zimmern und allem Ren-
fort, bei sehr 22 790 M.
billigen, feinsten, modernsten
Möbeln, elektrischen Anlagen
billig für 275 000 M.
zu verkaufen. 1. und 2. Stock.
bis 1907 (alt. 1029
Iar. Schmidt Söhne,
Königsplatz 112, C. Stourli-
Grenz. 12600—8 u. 9006.

Echten
Kau-Tabak

garantiert reiner Tabak
in Rollen und Stangen
ca. 12 cm lang
10 Stück M. 17,50
100 " " 170,—
500 " " 675,—
ab Lager oder Fabrik
gegen Na. hnahme.
Carl W. Schmidt
Langensalza 1. Thür.
Postcheck Lot 219 28919

KREDIT
AnALLE

Möbel- Misch

Große Frankfurter Straße 45-46.

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit

Ohrger., nerv. Ohrschmerz
über und sonst.
besucht, patentiert,
nach Hörschmelze
bes. u. unfehlbar
zu tragen.
Götting, Krefeld, Götting,
Sanis-Versand München. 827b

Gut erhaltenes
Klein-Auto

mit Versicherung, aus Versteigerung
zu kaufen gesucht. Schriftl. Off.
mitgl. mit 200 und P. V. 4144
an Bernhard Arndt, Aus-
Expedit., Berlin W. 8. 15015

Zur Einführung ihrer Erzeugnisse bei
Krankenkassen

sucht pharmazeutische Fabrik die Vermittlung
eines geeigneten Herrn, der die Zulassung
von Markenartikeln mit Erfolg
durchführen kann. 6516
Ausführliche Angebote erbeten unter
H. 6999 F. an Hagenstein & Vogler, Berlin W 35

Flechten, Wunden, **Vater-Philipp-Salbe**

offene runde, wrampiader
leiden heilt sogar in ver-
weilten Fällen mit oft
überraschendem Erfolge die
hautbildende schmerz-
und juckreizstillende
Preis 1,80 u. 3,50 M., erhältlich in der Elefant- u. Kronen-
Apotheke, Man hüte s. v. Nachahm. u. bestelle, wo nicht erhalt
direkt d. Tufogon-Laboratorium, Sittlichens-Rominten 5.

Krautdroschen 140/15*

mit Preisnummern, sofort abzugeben. Restikanten erbeten
Rüders durch S. O. 434 Rudolf Mosse, Bonnstr. 1.

Die freim. Sturmabteilung Babb

nimmt gute deutsche Männer, die ihre Heimat lieb
haben, in ihre Reihen auf. Unteroffiziere und Mann-
schaften aller Waffen, vor allem aus **Wien, München,
Hannover, Berlin, Potsdam, Jüterbo, Jüterbo und
Schlesien**, die den Jahrgängen 1863 bis 1900 an-
gehören, werden in der Bewegung.
Unbedingte Dehnung, herrliche Disziplin und Ver-
ehrung vor Vorgesetzten und Kameraden wird zur
Erfolgung gemacht.
Möbils Wohnung, täglich 5 Mark Zulage, 5 Mark
Verpflügungsgeld, gute Verpflegung auf dem Lande.
Wer sich annehmen lassen will, telegraphische oder
textliche, Kollektrien und Zusends werden gegenstands-
oder nach der nächsten Militärbehörde anfordern.
Meldung Star. Intelligenz von Wahl, Carlsose (Stroh-
verlegen). 15712

Dahl von Obeln
Hauptmann und Führer der Sturmabteilung.

Villen-
Grundstücke

in der Gartenstadt
Falkenhagen - West

direkt am Bahnhof
Sergefeld, nächste
Station von Spandau
zur Anlage von Obst-
gärten, Bestes Garten-
u. Gemüseland, an ge-
pflanzte Straße mit Gas-
u. Wasserleitung. Auch
Wald-Grundstücke,
Route von 30 Mark
aufwärts. Auskünfte
am Bahnhof Sergefeld
und bei der

**Eigenheim-
Gesellschaft**
BERLIN NO. 44,
Neue Königstr. 16

D.R.G.M. Buchführung
für Kleinvernehmer 1.— M.
P. Blatte n. Charl., Eosander-
straße 7. 1947b

Möbel
und
Polsterwaren

bürg. Wohnungseinricht.
zu sehr billigen Preisen
Teilzahlung gestattet!
Rollkrug
Neukölln, Berliner Str. 1,1

Ernst Kleinert nam. Kler., Feldgr., Wenber-
Lederer, Opernstr. 10, unter
sternen Hotel „Zum deutschen Michel“, Bülowstraße 69,
Abendbühn.: Künstler-Konzert und belter Vorträge.